



aktuell

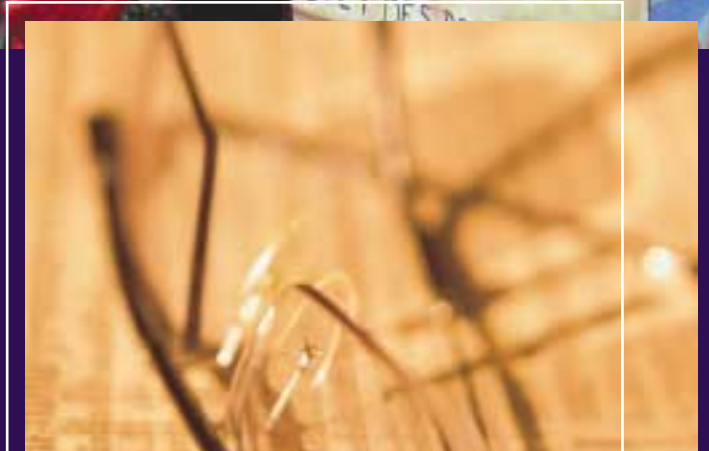
Monatszeitschrift des OGB-L - Oktober 2002 - N°10



Mobilisierung für mehr
Rechte für die
Personalvertreter:

Bereits jetzt ein Erfolg!

Seite 6



STATEC-Wachstumszahlen:
Keine Panik!

Sommaire

Inhalt

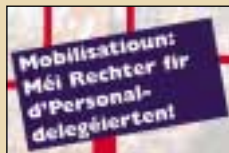
4



Editorial

Turbulenzen in Sicht!

6



Manifestation der OGB♦L Personalvertreter

11



Ladenöffnungszeiten: Nein zu der ministeriellen Arroganz!

12



Statec-Wachstumszahlen: Keine Panik!

13



Mindestloohnerhöhung und Rentenajustement

Ein Stück soziale Gerechtigkeit

18



Nouvelle attaque d'un fourgon:

Les transports de fonds restent vulnérables

29



International

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
in der Tarifpolitik

34



Séminaire:

Bien-être au travail

D'PERSONALVERTRIEDER



HUN D'WUERT!

EIS GESETZGEBUNG AS ESOU AAL,
DASS SE MËIGLECHERWEIS
NACH OP
STENGE
PLAKKEN
VERFAASST
GOUF.



EISE PATRON MENGT
ET GUDD MAT EIS



SOOT MER ET!
ECH ERFËLLEN
ALL ÄR WËNSCH.



MIR GIN GÄR
OP EIS ARBECHT.

DENKT DRUN: DOBAUSSEN STIN
3000 LEIT, DËI GÄR ÄR PLATZ HÄTTEN!



DAJEE GËI FROO
DËI AUGMENTATIOUN!

MIR FANNEN
SCHON EN ERSATZ
FIR DECH.

AN AANER WIEDER:
EIS ZUKUNFT AS ROSEG.



AHNEDER

Turbulenzen in Sicht?

Der OGB♦L redet nicht von einem "heißen Herbst" und schreibt auch nicht darüber. Andere tun dies, ohne dementsprechend zu handeln. Für den OGB♦L sind gewerkschaftliche Arbeit und Einsatz etwas Kontinuierliches und eventuelle Aktionen sind nie saisonsondern immer sachgebunden. Der Zeitpunkt für Aktionen und Reaktionen ergibt sich aus überfälligen gewerkschaftlichen Forderungen oder politischen respektive wirtschaftlichen Gegebenheiten. Der OGB♦L ist kein Papiertiger, sondern eine "force tranquille" mit einer berechenbaren Mobilisierungs- und Reaktionsfähigkeit. Wenn wir gefordert werden, dann handeln wir!

Mehr Schutz und mehr Rechte!

Eine der sozialpolitischen Prioritäten seit dem OGB♦L-Kongress von Dezember 1999 ist die Reform der Ausschuss- und Mitbestimmungsgesetze. Trotz einem starken und regelmäßigen Dialog mit dem Arbeitsminister, gibt es kaum konkrete Resultate. Die nächsten Sozialwahlen finden am 12. November 2003 statt und dürfen nicht auf der Basis veralteter und unzeitgemäßer Gesetze erfolgen. Darum die OGB♦L-Mobilisierungskampagne und eine erste konkrete Aktion der gewählten Personalvertreter am 16. Oktober 2002 vor dem Parlament. Rund 350 OGB♦L-Personalvertreter traten spontan, 8 Tage vor der ursprünglich geplanten Aktion an, um ihrem Unmut und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es wurde ein Erfolg in

doppelter Hinsicht: zum einen war es eine erfolgreiche Mobilisierung, zum anderen fand auf unseren Druck hin, nun endlich die überfällige Orientierungsdebatte zum Thema im Parlament statt. Das Resultat dieser Debatte stellt uns nicht zufrieden. Weil die politische CSV-DP Mehrheit Zeit schinden will, wird der OGB♦L die Mobilisierung weiter führen.

Pluralismus schadet

Wenigstens ist das Gesetzprojekt über die Kollektivverträge schon fast auf dem Instanzenweg. Das ist begrüßenswert, trotz der großen Verspätung. Der OGB♦L warnt einmal mehr davor, dieses Gesetz so zu gestalten, dass die gewerkschaftliche Zersplitterung gefördert würde. Sie ist in Luxemburg sowieso groß und damit schädlich genug. Ein Umdenken bei den verantwortlichen Gewerkschaftern drängt sich auf. Umso mehr, da sich bestätigt, dass die neue vereinigte Arbeitgeberfront, die UEL (Union des Entreprises Luxembourgeoises) den Tritt gefunden hat.

Insbesondere ist ein schädliches Verhalten bei der christlichen Organisation festzustellen, die seit Monaten nicht müde wird den OGB♦L oder einzelne seiner Exponenten zu verunglimpfen. Schädlich auch ihre Kopiermethoden: weil der OGB♦L eine Manifestation ankündigte, organisierten die Christlichen schnell eine Pseudo-Manifestation etlicher hauptamtlichen Sekretäre vor dem Parla-

Ansprache von Jean-Claude Reding, Generalsekretär des OGB♦L

(Handschriftliche Vorlage, es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegin,

Vielen Dank für Eure Teilnahme. Sie ist der Beweis für Euer persönliches Engagement und unsere Mobilisierungsfähigkeit.

Aus Aktualitätsgründen musste unser "Rassemblement", das ursprünglich für den 22. Oktober vorgesehen war, auf heute vorverlegt werden, da im Moment drinnen im Parlament, die von Lucien Lux bereits am 2. Oktober 2001 angefragte Orientierungsdebatte läuft. Dass unsere kurzfristig vorgezogene Manifestation dennoch ein voller Erfolg ist, beweist, dass es sich um ein wichtiges Problem handelt, nicht um Lohnbedingungen, materielle Werte, nein, es geht um die gewerkschaftlichen Rechte und Mittel, um uns Gehör zu verschaffen, um verhandeln zu können, um die Interessen der Arbeitnehmer wirksam verteidigen zu können.

Nochmals vielen Dank für Eure Präsenz! Danke auch an unsere Eisenbahnerkollegen aus der CGT, den Landesverband (FNCTTFEL), die uns ihre volle Solidarität ausgedrückt haben.

Anlässlich des letzten Nationalvorstandes des OGB♦L wurde beschlossen die Mobilisierungskampagne weiterzuführen:

- ♦ die Verteidigung unseres Krankenkassensystems
- ♦ die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes zum 1. Januar 2003



- ♦ die gesetzliche Einführung der 6. Urlaubswoche für alle, sowie
- ♦ die Bekämpfung von Stress und Mobbing am Arbeitsplatz.

mit Schwerpunkt auf der Verbesserung der Rechte der Personalvertreter:

- für einen besseren Schutz
- für mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Wieso der Aufruf zur Mobilisierung?

Der OGB♦L Kongress hatte bereits im Dezember 1999 konkrete Reformvorschläge ausgearbeitet. Diese wurden mit dem Arbeits- und Beschäftigungsminister und dem Parlament in einem Hearing diskutiert. Leider gab es keinen Fortschritt in diesem Dossier außer, dass der Arbeitsminister in einem Brief an den OGB♦L, versprach das neue Gesetz vor Ende 2003 zu verabschieden.

Des Weiteren gilt es die europäische Leitlinie über die Information und Konsultation der Arbeitnehmer in nationales Recht umzusetzen. Dies bedingt eine Verbesserung und Modernisierung unserer Gesetze. Bislang liegt aber noch nicht einmal ein Vorentwurf vor. Darum diese Aktion. Wir sind ungeduldig!





Der OGB-L Präsident überreicht das Memorandum an den Präsidenten des Parlaments

Der OGB-L Kongress von 1999 stand im Zeichen der Reform der Gewerkschaftsgesetze. Die Forderungen des OGB-L artikulierten sich um zwei Schwerpunkte:

1. Das Kollektivvertragsgesetz

Wir begrüßen es, dass das Gesetzprojekt nun endlich auf den Instanzenweg geht und hoffen, dass der Entwurf unseren Forderungen nach:

- ♦ einer neuen Definition der Kriterien der nationalen Repräsentativität im Sinne von mehr Demokratie am Arbeitsplatz Rechnung trägt und eine Zersplitterung der Gewerkschaftsszene vermeiden kann
- ♦ einer Ausweitung des Bereichs der Vertragsverhandlung und dem Öffnen von neuen Verhandlungsmöglichkeiten
- ♦ einer Reform der Prozeduren
- ♦ einer tiefgreifenden Reform des nationalen Schlichtungsamtes

Rechnung trägt.

2. Das Gesetz über die Personalaussschüsse

Dieses muss modernisiert, präzisiert und weiterentwickelt werden; der Schutz des Delegierten muss so formuliert werden, dass dieser Schutz nicht nur auf dem Papier besteht, sondern der Personalvertreter effektiv vor Kündigung geschützt ist. Seit 1996 gewährte der OGB-L 11 mal Rechtsschutz bei Kündigung (mise-à-pied) eines Delegierten.

Des Weiteren stellen wir konkrete Forderungen auf Ebene:

- ♦ der gesetzlichen Einrichtung von Personalaussschüssen auf Konzernebene in Unternehmensgruppen
- ♦ der obligatorischen Einführung von Zentraldelegationen mit wirklichen Befugnissen
- ♦ der Verbesserung der Rechte der Hauptausschüsse mit u.a.



- dem Recht auf die Hinzuziehung von Sachverständigen
- dem Recht der Personalausschüsse zur Verwendung der telefonischen und elektronischen Netze des Unternehmens zur Kommunikation
- dem Recht auf die Dienstleistungen eines Verwaltungsassistenten zurückzugreifen
- dem Recht auf fachliche Unterlagen, sowie
- der obligatorischen Konsultation der Personalvertretungen im Vorfeld aller Ereignisse, welche Auswirkungen auf das Personal haben
- dem Abschaffen der diskriminierenden Bestimmungen über das Nicht-Berücksichtigen der Teilzeit-, Zeit- und Leiharbeitern
- dem Einführen eines verstärkten Kündigungsschutzes für alle Personalvertreter

Im gleichen Sinne muss die Gesetzgebung über die gemischten Betriebsräte und die Vertretung der Arbeitnehmer in den Verwaltungsräten verbessert werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Wir befinden uns ein Jahr vor den Ausschusswahlen von November 2003. Die Zeit drängt. Daher begrüßen wir die Debatte und hoffen, dass unsere Forderungen gehört werden. Unsere heutige Manifestation, der Brief sowie die Kongressresolutionen von 1999 in Form eines Memorandum, die wir jetzt an den Parlamentspräsidenten und die Abgeordneten überreichen werden, sind der vorläufige Höhepunkt unserer Aktion. Der nächste Nationalvorstand wird eine vorläufige Bilanz der Mobilisierung ziehen und gegebenenfalls weitere Aktionen vorbereiten.



Die nächste große Etappe ist unser Gewerkschaftstag am 23. Januar 2003.

Danke für Eure Solidarität und Eure Teilnahme!



Bureau exécutif

Monsieur Jean Spautz
Président de la Chambre des Députés
19, rue du Marché aux Herbes
L-1728 Luxembourg

Esch/Alzette, le 16 octobre 2002

Monsieur le Président,

Par la présente nous tenons à féliciter la Chambre des Députés d'avoir reconnu l'importance de la réforme des lois syndicales, de l'avoir inscrit dans ses priorités et d'avoir initié un débat d'orientation à ce sujet.

En annexe, nous vous faisons parvenir deux résolutions dans ce domaine prioritaire de notre travail syndical qui ont été adoptées par les délégués du Congrès de l'OGB♦L en décembre 1999. Ces résolutions sur la réforme du droit syndical définissent l'orientation de notre syndicat pour aboutir à l'amélioration et la modernisation de cet important outil des représentants des salariés dans les entreprises.

Par notre manifestation du 16 octobre, nous tenons à rappeler leur responsabilité tant au gouvernement qu'au Parlement. Le fait que le Ministre du Travail s'est engagé dans un courrier du 21 janvier 2002 à l'attention de notre organisation de finaliser le projet de loi portant réforme des législations de 1979 et 1974 de manière à ce qu'il puisse être adopté par le Parlement en cours de l'année 2003, est un premier pas décisif dans la bonne direction.

Ainsi nous nous permettons de vous prier à veiller à une suite procédurale expéditive au débat d'orientation à la Chambre afin d'arriver à une modernisation et une adaptation des lois dans un délai raisonnable et impérativement avant les élections sociales du 12 novembre 2003.

Dans cette attente, nous vous présentons, Monsieur le Président, l'expression de notre haute considération.

Jean-Claude Reding
secrétaire général

John Castegnaro
président



Manifestation du 16 octobre devant la Chambre de Députés

Allocution de Jean-Claude Trentecuisse

président de la délégation ouvrière ARES-Rodange



(La parole prononcée fait foi)

Chers collègues,

Je vous remercie, militants et délégués, pour votre présence. Vous apportez votre soutien à cette manifestation organisée par l'OGB♦L.

Vous, délégués représentant de nombreuses entreprises, vous êtes les premiers concernés par la réforme de la législation sur les délégations du personnel et sur les comités mixtes d'entreprises.

Vous êtes en première ligne tous les jours, confrontés à de nombreux et complexes problèmes. Vous devez travailler avec des moyens qui ne sont plus adaptés à la situation actuelle : une législation sur les délégations du personnel qui date de 1979, celle sur les comités mixtes d'entreprise et la

représentation salariale dans les conseils d'administration de 1974. En un quart de siècle le monde a changé, la structure économique, industrielle et financière des entreprises a changé, le fonctionnement a changé, des bouleversements technologiques importants sont intervenus et la législation actuelle a montré ses limites et ses carences.

- ♦ Pour garantir un réel droit à l'information, à la consultation et à la participation des représentants du personnel en cas de restructuration, de cession, de fusion ou de transfert d'une entreprise ou d'une partie de l'entreprise ;
- ♦ Pour permettre un travail efficace des délégués ;
- ♦ Pour garantir la protection des délégués du personnel,

pour toutes ces raisons la législation actuelle doit être réformée d'urgence en vue de renforcer et d'adapter les droits et les moyens d'action des délégués du personnel. Une telle réforme est indispensable pour garantir la paix sociale dans les entreprises et pour permettre un dialogue social efficace dans l'intérêt des travailleurs, ouvriers et employés.

Depuis le 11 mars 2002, il existe également une directive européenne, fixant des exigences minimales pour le droit à l'information et à la consultation des travailleurs dans les entreprises et établissements situés dans l'Union européenne. Cette directive doit être transposée en droit interne et elle implique des améliorations de notre législation dans le sens de nos propositions.

Pour l'OGB♦L il s'agit d'un dossier prioritaire. Il faut que le gouvernement entende notre message. Il faut qu'il sache que ce n'est qu'un avertissement, et nous sommes prêts à entreprendre d'autres actions bien plus importantes, si cela est nécessaire.

Orientierungsdebatte über den Sozialdialog

Ein guter Ansatz, aber warum bis Ende 2003 warten?

Anschließend an seine Kundgebung vor dem Parlament, stellt der OGB♦L fest, dass auf seinen Druck hin, nicht nur die seit langem versprochene Orientierungsdebatte stattfand, sondern durch die Initiative des Abgeordneten Lucien Lux, nun endlich Bewegung in das Dossier kommt.

Begrüßt werden auch die Stellungnahmen der Oppositionsparteien, die unisono eine Festigung des Sozialdialogs, sowie den Ausbau der Mitbestimmungsrechte unterstützen.

Aufgrund dieser Feststellung, ist es umso bedauerlicher, dass in einer Motion der beiden Mehrheitsparteien, die Regierung lediglich aufgefordert wird, bis Ende 2003 ein Gesetzprojekt vorzulegen, auch wenn dies auf Grundlage einer ausführlichen Konsultierung der Sozialpartner ausgearbeitet werden soll.

Nein zu der ministeriellen Arroganz!

Am 16. Juli 2002 fand - auf Wunsch der "Confédération Luxembourgeoise du Commerce" - eine Unterredung mit den Gewerkschaften OGB♦L und LCGB statt.

Gegenstand dieses Gesprächs war der Versuch, ein Abkommen über eine vom Patronat angefragte Erweiterung der Ladenöffnungszeiten an verschiedenen Samstagen und am Vortag von Feiertagen zu finden.

Diese Gespräche scheiterten aber, weil das Patronat sich weigerte, die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten und damit die weitere Erschwerung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch eine Gegenleistung zu kompensieren. Das Patronat war nicht bereit, über den von OGB♦L und LCGB geforderten 50%igen Lohnzuschlag für jede geleistete Arbeitsstunde zwischen 18.00 - 20.00 Uhr zu diskutieren.

Mit Erstaunen muss der OGB♦L jetzt feststellen, dass Minister Boden - auf Anfrage der Handelsföderation - die Ladenöffnungszeiten am Vortag von Allerheiligen von 18.00 auf 20.00 Uhr verlängert hat, und das, obwohl das Gesetz vom 19. Juni 1995 vorsieht, die Geschäfte an Samstagen und am Vortag von Feiertagen um 18.00 Uhr zu schließen.

Wir bedauern zutiefst, dass Minister Boden mit dieser einseitigen, nur dem Patronat förderlichen Haltung, die gleiche salariatsfeindliche Haltung wie die Handelsföderation einnimmt und es damit für Tausende im Sektor Handel beschäftigte Arbeitnehmer wiederum zu einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen kommt. Wenn man weiß, dass es gerade der Handel ist, in dem immer neue Anforderungen an die Beschäftigten gestellt werden (Verschlechterung der Arbeitszeiten, Erweiterung der Öffnungszeiten, Sonntagsarbeit, Arbeitszeiten über 6

Tage/Woche verteilt) und trotzdem nur Niedrigstlöhne, die oftmals nur dem sozialen Mindestlohn entsprechend bezahlt werden, versteht es sich von selbst, dass diese Haltung dem in Luxemburg so gepriesenen Sozialdialog nicht dienlich sein kann.

Der OGB♦L fordert daher, dass der Sozialdialog nach Luxemburger Modell im Sektor Handel in Zukunft unbedingt angekurbelt werden muss, und zwar auf Tripartite-Ebene (Patronat, Gewerkschaften, Regierung) mit dem Ziel, verbindliche Regelungen der Öffnungszeiten im Sektor Handel zu finden.

Des Weiteren hoffen wir, dass auch der LCGB in dieser Sache seine Verantwortung übernehmen wird, um so gemeinsam in einem konstruktiven Dialog mit Regierung, Handelsföderation und Gewerkschaften eine positive Lösung für die im Handel Beschäftigten zu finden.



Keine Panik!

Aufregung in Luxemburg über die nach unten revidierten STATEC-Zahlen zum 2001er Wirtschaftswachstum.

Natürlich entsteht dadurch Unruhe und wird die Glaubwürdigkeit des STATEC in Frage gestellt. Es ist allerdings falsch, wenn auf Grund dieser Situation Panikstimmung gezielt entfacht und eine Verwaltung denigriert wird.

Es gibt keine Wirtschaftskrise in Luxemburg! Aber es bestätigt sich, was der OGB♦L seit Jahren fordert, nämlich die Notwendigkeit einer breiten Diversifizierung sowohl im Finanzsektor als in der gesamten Wirtschaft.

Darum die gewerkschaftlichen Aktionen im Stahlbereich vor zwei Jahren, für den Erhalt und den Ausbau der Stahlstandorte. Die ARCELOR-Gründung ab Anfang dieses Jahres reduziert diese Sorgen nicht, im Gegenteil. Die politisch Verantwortlichen in Luxemburg müssen den durch die EU eingeeengten Spielraum bei der Suche nach neuen Industriebetrieben gezielter aber voll ausnutzen. Luxemburg braucht neben dem großen Dienstleistungssektor eine größere und diversifizierte Industrie. Luxemburg braucht genauso ein neues Standbein im Sinne der vom OGB♦L geforderten „Solidarwirtschaft“.

Manches weist bei den Reaktionen der Arbeitgeberseite darauf hin, dass diese sich als einsame Rufer in der Wüste bestätigt fühlen. Am liebsten sollten nun die Beschlüsse des Rententes, die Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor und alles was Kaufkraft verstärkt, aber Lohnkosten erhöht, rückwirkend abgeschafft werden! Dabei wird vergessen, dass auch bei höchsten Wirtschaftswachstumsraten Lohn- und Sozialverbesserun-

gen nur unter großem gewerkschaftlichen Druck möglich sind. Auch, weil Politik und Arbeitgeber argumentieren, dass Wirtschaftswachstum auf mehrere Jahre und nicht auf ein einziges gesehen werden muss. Dies muss dann auch im Falle schwacher Jahre gelten.

Der OGB♦L sieht keinen Grund zur Panik und lehnt es ab, dass nun die Krise herbeigeredet werden soll.

Zweckpessimismus schadet den Arbeitnehmern. Natürlich besteht Handlungsbedarf, aber permanent und nicht an die jeweilige Situation gebunden.

In schwierigeren Zeiten ist die Politik stärker denn je gefordert. Der OGB♦L hilft gerne dabei, aber nicht im Sinne von Abbau, dafür gibt es kaum Grund.



Erhöhung des Mindestlohnes und Rentenajustement zum 1. Januar 2003

Ein Stück soziale Gerechtigkeit

Der OGB•L begrüßt, dass der Ministerrat vom 14. Oktober einerseits sein Einverständnis zum versprochenen, üblichen Rentenajustement (d.h. die Anpassung der Renten und Pensionen an die Entwicklung der Löhne und Gehälter) sowie andererseits zur Anhebung des Mindestlohnes gegeben hat.

Aufgrund der Formulierung der Tagesordnung, bestanden Zweifel über die diesbezügliche Absicht der Regierung, was eine Reaktion des OGB•L provoziert hatte.

Auch wenn der Prozentsatz der Anhebung noch nicht bekannt ist, so kann die nun verfügte Erhöhung als Ansatz zur Verbesserung der prekären finanziellen Situation der Bezieher von Kleinstrenten oder vom Mindestlohn im wohlhabenden Luxemburg gewertet werden.



Reizthema Mindestloohnerhöhung: zu den Aussagen des Fedil Präsidenten

Mindestloohnerhöhung bedeutet doch auch mehr Kaufkraft, Herr Krombach!

Wie zu erwarten, reagierte die FEDIL prompt in gewohnter Art und Weise gegen die angekündigte Erhöhung des Mindestlohnes. Und übersieht dabei, dass gerade eine Verbesserung der Lohnsituation der kleinsten Einkommensbezieher auch zur Festigung der Kaufkraft in unserem Land beiträgt.

Diese Haltung zeugt von fehlender Solidarität den Mindestlohnbeziehern und dem Handwerk und Handel gegenüber.

Der OGB•L geht davon aus, dass die anderen Patronatsverbände aus dem Handel, Handwerk, ... usw. dem Trugschluss Mindestloohnerhöhung = schwerwiegender Kostenfaktor nicht erliegen, sich ihrer großen sozialen Verantwortung und Kompetenz bewußt werden und solidarisch zur Absicherung der Wirtschaft in Luxemburg beitragen.

Reformstau auflösen !

Nachdem der OGB♦L bereits am 9. September 2002 die diesjährige Sozialrentree eingeläutet hat, hat er gleichzeitig die anhängigen, überfälligen und notwendigen Reformen in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktion gestellt.

Der OGB♦L hat keinen warmen Herbst angedroht! Die gewerkschaftliche Aktivität und Aktion ist nicht an Jahreszeiten gebunden, sondern Resultat konsequenter gewerkschaftlicher Arbeit. Weiterhin will der OGB♦L seine Forderungen und Vorstellungen in einem kritischen und konstruktiven Dialog mit der Regierung und dem Patronat realisieren. Dazu gehört auch gewerkschaftlicher Druck, dort wo Reformstau besteht. Darum die Manifestation der gewählten OGB♦L-Betriebsdelegierten am 22. Oktober 2002 vor dem Parlament (*Anmerkung der Redaktion: die Manifestation wurde auf den 16. Oktober vorverlegt*).

Dies bestätigte die am 30. September 2002 tagende OGB♦L-Exekutive, um sich darüber hinaus mit aktuellen Fragen zu beschäftigen.

Die praktische Umsetzung des neuen Invaliditätsgesetzes ab 1.10.2002 bereitet seriöse Sorgen. Die Verspätung bei den notwendigen zusätzlichen Infrastrukturen, mehr noch wichtige Interpretationen bei der Auslegung der Gesetzes- und Reglementstexte, müssen im Interesse der Betroffenen gelöst werden. Dies im Sinne und Geist, der bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes zugrunde lag.

Mit Besorgnis nimmt der OGB♦L die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zur Kenntnis. Manches weist darauf

hin, dass die Zahl der Arbeitssuchenden und Arbeitslosen sich im September weiter erhöhen wird. Nicht nur, weil Schulabgänger bisher keine Arbeitsstelle finden konnten.

Stand der Konkurse: am 20. September waren 465 Betriebe und 841 Personen, davon 462 Grenzgänger, betroffen. Handlungsbedarf bleibt angesagt.

Der OGB♦L spricht sich gegen den Vorschlag der Einberufung der Nationalen Tripartite im Hinblick auf einen möglichen Krieg im Irak aus! Kriege soll man nicht herbeireden, sondern verhindern.

Außerdem gibt es keine Gründe bestehende soziale Errungenschaften in Frage zu stellen.



Auf Einladung der Privatbeamtenkammer fanden die Sitzungen der Exekutive und der OGB♦L Sekretäre in den Räumlichkeiten der CEPL in Luxemburg statt.



40.000 - 50.000 Sozialfälle in Luxemburg?

Laut Erachten des Wirtschafts- und Sozialrates fehlen zur Zeit ca. 40.000 - 50.000 Wohnungen in Luxemburg. Mit dieser Feststellung wurde der vom OGB♦L immer wieder hervor gestrichene Wohnungsnotstand zahlenmäßig untermauert.

Umso erstaunlicher sind die Aussagen des Anwalts und Vize-Präsidenten der "Union des Propriétaires" im Rahmen RTL-eines Radiointerviews. Laut diesem Herrn gibt es absolut keine Wohnungsnot in unserem Land, schlimmstenfalls gäbe es verschiedene soziale Härtefälle, die aufgrund ihrer persönlichen Situation keinen Zugang zu einer Wohnung hätten. Grund genug diesen Opfern der Spekulation, durch die Enteignung leerstehender Wohnungen, eine menschenwürdige Unterbringung zu bieten.

In Verbindung mit den Aussagen des Wirtschafts- und Sozialrates, bedeutet seine Aussage aber auch, dass Luxemburg ca. 40.000 - 50.000 Sozialfälle hat, womit die Regierung bei ihrer Umverteilungspolitik ernsthaft gefordert wäre.

Der OGB♦L wird dementsprechend das Dossier mehr denn je ernsthaft verfolgen. Für den OGB♦L kommt in diesem Zusammenhang auch keinesfalls die Liberalisierung des Mietgesetzes in Frage, im Gegenteil verlangt der OGB♦L, dass die gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz der Mieter weiter ausgebaut werden müssen.

OGB♦L Regionale Zentrum

Stellungnahme zu den Aussagen des Vize-Präsidenten der "Union des propriétaires"

Am 16. Oktober 2002 tagte die Arbeitsgruppe "Soziales" der Regionale Zentrum, die sich seit längerem mit dem Problem Wohnungsnot in Luxemburg, insbesondere im Zentrum befasst.

Die Arbeitsgruppe ist entsetzt über die Aussage von Herrn Krieger zur Situation auf dem Wohnungsmarkt, der den Wohnungsnotstand als Lappalie bezeichnet. Wir stellen fest, dass das Problem weit umfangreicher ist, als es von Herrn Krieger dargestellt wird und dass viele Einheimische ihr Eigenheim im nahen Grenzgebiet erwerben müssen.

Es ist erstaunlich, dass viele Häuser in Luxemburg-Stadt und Umgebung seit Jahren leer stehen, wie zum Beispiel der Pöle-Nord, die Häuserzeilen an der Place d'argent, der Place de l'Etoile, usw. um nur diese zu nennen. Unseres Erachtens handelt es sich hierbei u.a. um Baulandspekulation.

Wie kann ein Durchschnittsverdiener heutzutage eine Eigentumswohnung erwerben, bei den jetzigen Preisen von +/- 2.500.- €/m2 im Zentrum des Landes?

Wie kann er die viel zu hohen Mietpreise entrichten? Wie soll ein Mindestlohnempfänger eine Mietwohnung oder ein Eigenheim finanzieren?

Auch sind Mietwohnungen von +/- 1000.- € unerschwinglich für Normalverdiener, es sei denn beide Partner sind berufstätig. Diese Bürger sind der Willkür der Baulandspekulanten

ausgesetzt. Sie dürfen und können nicht von diesen als Sozialfälle abgestempelt werden.

Das Resultat dieser Preisentwicklung hat als Konsequenz, dass die Bürger sich finanziell übernehmen und riskieren ins soziale Elend abzurutschen.

Deshalb fordert die Arbeitsgruppe der OGB♦L Regionale Zentrum die Regierung und die Gemeinden auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um endlich erschwinglichen Wohnraum im nötigen Ausmaß zu schaffen und die aktuelle Lebensqualität zu garantieren.



National

Sozialrentrée des OGB♦L

Unterredung mit Premierminister Juncker und der Regierung gefordert

Anlässlich seiner Sozialrentrée vom 9. September 2002, hatte der OGB♦L Nationalvorstand die Bilanz seiner Mobilisierungskampagne zugunsten einer gerechten Umverteilung gezogen und festgestellt, dass diese ein äußerst positives Resultat kannte, durch u.a. die Pensionserhöhung und die Bekräftigung des allgemeinen Pensionssystems, die Reform der Invaliditätsversicherung, die Verbesserung der Krankenkassenleistungen, die Erhöhung der Familienzulagen, sowie dem Senken der direkten Steuern zugunsten der Privatpersonen.

Der Nationalvorstand machte aber auch eine Bestandsaufnahme der aktuellen Probleme und Fragen und legte die Prioritäten und Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Aktionen in den kommenden Monaten fest. Um diese neun Themenbereiche, welche die Arbeitnehmer und ihre Familien direkt oder indirekt betreffen, zu behandeln, hat der OGB♦L am 25. September in einem Schreiben an Premierminister Jean-Claude Juncker um eine Aussprache mit der Regierung gebeten. Der OGB♦L verlangt im Wesentlichen Aufschluss über:

- 1) die Zukunftsdebatte
- 2) die Arbeitsmarktpolitik
- 3) die Sozialpolitik
- 4) die Gesundheitspolitik und den Spitalplan
- 5) die Lebensqualität

- 6) die gerechte Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums
- 7) die Schul- und Bildungspolitik
- 8) den Rahmen für seine kontinuierliche Tarifpolitik
- 9) die Reform oder Modernisierung der Gewerkschaftsrechte

Neben seiner Hauptforderung, nämlich der Notwendigkeit einer Reform der Gesetzgebung über die Kollektivverträge sowie der dringenden Reform der Gesetzgebung über die Personalvertretung in den Betrieben und die gemischten Betriebsräte, wurden vom Nationalvorstand des OGB♦L auch folgende Forderungen hervor gestrichen, die im Gespräch mit der Regierung behandelt werden sollen:

- ♦ die Verteidigung unseres Krankenkassensystems
- ♦ die Überarbeitung der gesetzlichen Bestimmungen über die Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation (Referenzperioden und Überstunden) sowie die Schaffung eines Rahmengesetzes zur Arbeitszeitverkürzung
- ♦ die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes zum 1. Januar 2003
- ♦ die gesetzliche Einführung der 6. Urlaubswoche für alle, sowie
- ♦ die Bekämpfung von Stress und Mobbing am Arbeitsplatz.



Der OGB ♦L bei Gesundheitsminister Carlo Wagner...

Der lobbyistische Verteilungskampf im Krankenhauswesen ist nicht im Sinne des Patienten

Der aktuelle Entwicklungsstand des Spitalplans und der Investitionsprogramme im luxemburgischen Krankenhauswesen standen im Mittelpunkt des Gesprächs, das der OGB ♦L mit dem Gesundheitsminister Carlo Wagner geführt hat.

Dabei vertrat der Minister die Meinung, dass die Umsetzung des Spitalplans und die Entwicklung von Synergien gut voranschreiten. Ebenfalls regulativ auf die weitere Entwicklung dürften sich dann die im Oktober 2003 zu erlassenen Genehmigungen der "services spécialisés" auswirken. Die zu diesem Zeitpunkt festgestellten Aktivitäten der einzelnen Krankenhäuser würden bei der Entscheidungsfindung eine wichtige Rolle spielen.

Der OGB ♦L, vertreten durch Präsident John Castegna, René Pizzaferrri, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, Marco Goelhausen, Präsident des Syndikats Gesundheit und Sozialwesen und André Roeltgen, Abteilungsleiter, gab sich weniger optimistisch und hielt dem Minister vor, dass die aktuellen Entwicklungen vor allem einen hart geführten Verteilungskampf und ein fruchtloses Gegeneinander widerspiegeln.

Die mit öffentlichen und Sozialversicherungsgeldern finanzierte Gesundheitsversorgung sei noch weit von einer realen Zusammenarbeit in einem zukunftsweisenden globalen Konzept der Krankenhausversorgung entfernt.

Die Gewerkschaftsseite prangerte erneut an, dass rein lobbyistische Bestrebungen und Partikularinteressen der Mediziner ein sich gegenseitig ergänzendes System der Krankenhausversorgung zum Wohl des Patienten weiterhin schwer hypothekieren. Eine gesundheitspolitische Vision der Komplementarität zwischen den bestehenden Krankenhausstrukturen würde noch immer fehlen.

In Bezug auf anfallende Investitionsentscheidungen in einzelnen Krankenhäusern hielt sich der Gesundheitsminister eher bedeckt und abwartend. Die Zukunftsperspektiven einiger Einrichtungen bleiben damit ungewiss.

Der Vorschlag des OGB ♦L über das Erstellen einer Zwischenbilanz hinsichtlich der Umsetzung des Spitalplans griff der Minister mit dem Verweis auf die im Jahr 2003 anfallenden Entscheidungen positiv auf.



Nouvelle attaque sur un fourgon de Brink's

Les transports de fonds restent vulnérables !

L'attaque du 11 octobre sur le fourgon de Brink's a démontré que les mesures mises en place jusqu'à présent ne suffisent toujours pas pour retenir les malfrats de s'attaquer aux fourgons blindés.

Quant au déroulement du braquage, il appert de constater que les revendications que l'OGB♦L a notamment émises en matière de sécurisation des déchargements des distributeurs automatiques de billets (Bancomat) étaient et restent toujours justifiées.

L'OGB♦L rappelle que dans la nouvelle loi, votée il y a juste deux jours et dont le ministre s'est vanté de son efficacité, les mesures mises en place notamment pour le chargement des Bancomats font défaut d'une manière flagrante.

L'OGB♦L ne se lasse pas de rappeler que des emplacements sécurisés (surveillance vidéo et autres) doivent être obligatoires, comme les conséquences de cette insouciance ont des répercussions tant directes sur les gens du métier (qui risquent leur vie à chaque mission) qu'indirectes sur le grand public en tant que chacun d'entre nous peut être impliqué involontairement dans l'attaque et ses suites (e.a. course-poursuite, ... etc). Le chargement des bancomats reste une opération dont les risques d'at-

taques sont présents à tout moment tant pour les gens du métier que pour le grand public. Cette fois-ci un convoyeur a été blessé dans la manœuvre de fuite du fourgon blindé, heureusement il n'y avait pas de client ou de passant impliqué dans cette attaque.

Il est donc inadmissible que les opérations des chargements de fonds se fassent toujours à des endroits apparemment sans surveillance et en plus mal éclairés.

Au lieu de tomber dans une polémique vaine et inutile qui ne résout pas les problèmes sur le terrain, l'OGB♦L rappelle aux patrons, aux clients et aux instances publiques qu'il faut dès à présent tout mettre en œuvre pour sécuriser au maximum les opérations de transport de fonds afin de protéger au maximum les agents transporteurs de fond et finalement aussi le grand public.



Neues Gesetz für den privaten Sicherheitssektor

Es wurde leider nur halbe Arbeit geleistet!

Neben dem halbwegs positiven Aspekt, der darin besteht, überhaupt einen verbesserten gesetzlichen Rahmen für die im privaten Sicherheitswesen agierenden Firmen und somit auch für das im Sektor beschäftigte Personal geschaffen zu haben, lässt das neue Gesetz noch sehr viele Fragen offen. Der OGB♦L ist enttäuscht über dessen Inhalt und bedauert insbesondere, dass die CSV diesem Gesetzesentwurf zugestimmt hat, eine CSV deren Minister Frieden doch in der Abgeordnetenkommission sehr viel Verständnis für den Unmut seiner christlichen Freunde aufbrachte, die diesen durch eine gewerkschaftliche Aktion vor der Sitzung äußerten. Wortwörtlich sagte der Finanzminister, er hätte "...vill Gespréicher mat menge Frénn vun der chrëschtlicher Gewerkschaft gehat...". Eine Aussage, die vom reinen Zeitverlust solcher Gespräche zeugt. Wären die vielen Gespräche mit dem befreundeten Minister nämlich aufschlussreich gewesen, anstatt dass dieser schlussendlich ihre Forderungen ignoriert hat, so hätte die Manifestation sich erübrigt.

In diesem Zusammenhang möchte der OGB♦L noch einmal auf die von ihm, im Rahmen der pluridisziplinären Arbeitsgruppe (der Vertreter der Polizei, des Justizministeriums, der SNCT, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften angehören) sowie bei allen zuständigen Instanzen gemachten, konkreten Verbesserungsvorschläge hinweisen. Der OGB♦L wurde nicht müde während Jahren mit Nachdruck eine Beschleunigung für die Umsetzung seiner Forderungen über den legislativen Weg zu fordern.

Auch ist der OGB♦L enttäuscht über die Art und Weise, wie die "Commission juridique" sich mit dem Gesetzesentwurf, beschäftigte. Diese hatte bei der Vorbereitung des Gesetzestextes zu keinem Moment die Arbeitnehmerseite, sprich die Gewerkschaften angehört.

Der OGB♦L stellt fest, dass hier die Gelegenheit verpasst wurde Nägel mit Köpfen zu machen und dass die majoritäre CSV nicht einmal auf "ihre Freunde der christlichen Gewerkschaft" hört, geschweige denn auf die andere, in diesem Sektor vertretene Gewerkschaft, den OGB♦L. Dies beweist mit welcher Arroganz regiert wird und lässt tief blicken.

Des Weiteren ist der OGB♦L gespannt, wie es jetzt in der Praxis mit der Umsetzung dieses Gesetzes aussieht und wie die ohnehin schon überforderten, zuständigen Behörden die ihnen durch dieses Gesetz zugeordneten Aufgaben in den Griff bekommen sollen.

Der OGB♦L wird weiterhin in diesem Dossier aktiv bleiben, konstruktive Vorschläge unterbreiten und die Interessen aller direkt und indirekt Beteiligten verteidigen.

OGB♦L-ACAL bei Transportminister Grethen

Gemeinsam für die Belange der Berufsfahrer eintreten

Im Rahmen des Internationalen Aktionstages im Straßenverkehr, traf sich eine Delegation des OGB♦L-ACAL angeführt von OGB♦L-Nationalpräsident John Castegnaro und weiter bestehend aus Mett Waldbillig (Präsident), François Dahm (Kassierer) und Hubert Hollerich (zuständiger Verhandlungssekretär) mit Transportminister Henri Grethen, der auf Anfrage der Gewerkschaftlichen Aktion bestanden hatte.

Eingangs der Sitzung bekundete Transportminister Grethen sein Verständnis für die Aktion und bestätigte der OGB♦L-Delegation, dass er sich sowohl im Ministerrat als bei den zuständigen europäischen und internationalen Instanzen für eine Verbesserung der sozialen Situation der Berufsfahrer sowie für ihre Sicherheit einsetzen wird.

Anstelle der geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Berufsfahrer, gilt es generell den Forderungs-

katalog der ETF (Europäische Transportarbeiterföderation) zu diskutieren, sowie insbesondere die Forderung nach einer Reduktion der Lenk- und Arbeitszeiten in Verbindung mit dem Heraufsetzen der Ruhezeiten.

Der Minister versprach dem OGB♦L, ihn weiter über die Entwicklung des Dossiers auf nationalem und europäischem Plan auf dem Laufenden zu halten.

La fatigue tue - réduisons le temps de travail ! Journée internationale d'action dans le transport routier du 15 octobre 2002

Pour la 6e fois, l'ITF (Fédération Internationale des Travailleurs du Transport) avait organisé, en date du 15 octobre 2002, la « Journée Internationale d'Action » dans le transport routier. Dans le monde entier, les syndicats ont mis l'accent sur les conditions sociales lamentables dans le secteur.

Ensemble avec les syndicats français (CGT et Force ouvrière) et allemand (ver.di), l'OGB♦L a mis en place des barrages filtrants aux postes frontières à Dudelange (autoroute A3) et Wasserbillig (autoroute A1). L'action a duré de 6h00 jusqu'à 9h30.

Par l'affaire « Kralowetz » le secteur du transport routier a démontré, sous une forme exemplaire, que la situation est pire qu'estimée.

Le « Just in time », c.-à-d. le transport dans des délais très courts, est à la base de la majorité de problèmes : des temps de conduite excessifs, des temps de repos insuffisants, du travail de nuit en forte progression, des modes de paiement douteux.

Les syndicats exigent :

- ♦ Une réduction du temps de conduite et une augmentation du



temps de repos, tels que définis par le Règlement CEE 3820/85 de l'Union Européenne et par la Convention AETR de la Commission des Nations unies pour l'Europe.

- ♦ La mise en œuvre rapide de la Directive « temps de travail » pour travailleurs mobiles, laquelle limite le temps de travail à 48 heures par semaine.
- ♦ Une harmonisation et une amélioration des contrôles routières de même que des sanctions plus efficaces envers les employeurs fautifs.

- ♦ L'introduction d'une formation initiale et continue obligatoire pour tous les conducteurs professionnels
- ♦ Une lutte plus efficace contre le dumping social et le paiement d'un salaire égal aux conducteurs des pays tiers.
- ♦ La rémunération de toutes les heures prestées, y compris les heures d'attente.
- ♦ La mise à disposition d'aires de repos suffisantes en vue de permettre aux conducteurs de se



- ◆ Les responsables politiques : c'est eux qui «inventent» les règlements.
- ◆ Les organes de contrôle : Ils doivent veiller à ce que les dispositions légales soient appliquées.
- ◆ Le commerce et les consommateurs : ils exigent des délais de livraison de plus en plus courts de sorte que les conducteurs ne pourront plus respecter les heures de conduite et de repos.
- ◆ Le public : chaque automobiliste veut être certain que sa vie ne sera pas mise en danger par un conducteur de camion ou d'autobus épuisé et fatigué.



reposer convenablement et en toute sécurité.

Le même jour, une délégation de l'OGB-L-ACAL fut reçue par le ministre des Transport Henri Grethen pour donner davantage d'explications sur ce cahier de revendications.

Qui a été visé par l'action ?

- ◆ Les conducteurs professionnels : ils ont manifesté ce jour-là pour obtenir de meilleures conditions sociales.
- ◆ Les membres de famille des conducteurs professionnels : ils veulent être sûrs que leur conjoint, père ou mère rentrera en toute sécurité.
- ◆ Les employeurs : sur tout ceux qui exigent de leurs conducteurs un dépassement de la réglementation sur les temps de conduite et les temps de repos.





Die Arbeitsbedingungen auf Europas Straßen müssen endlich verbessert werden

Übermüdung verursacht 20 Prozent aller LKW-Unfälle. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen betrifft somit nicht nur Fahrer und Patronat, sondern alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Kralowetz-Affäre zeigte der Öffentlichkeit, dass die sozialen Arbeitsbedingungen vieler Berufsfahrer, besonders im internationalen Fernlastverkehr, desaströs sind. Oft müssen sie unter schwersten Bedingungen arbeiten und werden manchmal, wie in diesem Fall, regelrecht ausgebeutet. Dies ist neben anderen Ursachen auch ein Resultat der Liberalisierung des Straßengüterverkehrs auf europäischer Ebene, welche im Kontext der Schaffung des gemeinsamen europäischen Marktes in den 80er Jahren als absolut notwendig empfunden wurde. Damals hatten die EU-Kommission und die Regierungen allerdings versprochen, die sozialen Auflagen anzuheben, ein Versprechen, das bisher aber nicht erfüllt wurde.

Eine Überarbeitung der aus dem Jahre 1985 stammenden Verordnung war seit Jahren überfällig. Das Europäische Parlament wird voraussichtlich im Dezember dieses Jahres den Markov-Bericht zur "Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr" verabschieden. Dieser Bericht ist ein Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung verbesserter europäischer Sozialvorschriften, insbesondere in Bezug auf die Lenk- und Ruhezeiten der Berufsfahrer. Diese neue Verordnung wird deshalb die erst einige Monate alte Arbeitszeitenrichtlinie ergänzen.

Die Gefahr ist allerdings, dass jetzt die in der Richtlinie erreichten Fortschritte, durch die eigentlich nur als Ergänzung gedachte Verordnung, "verwässert" werden. Weil eine Verordnung (fr.: Règlement) nämlich juristisch gesehen ein größeres Gewicht hat als die Richtlinie (fr.: Directive), versuchen jetzt konservative politische Kräfte sowie Patronat

diese Gelegenheit zu nutzen, um die bereits verabschiedeten Arbeitszeitvorschriften zu unterlaufen.

Einer der Hauptstreitpunkte des Markov-Berichts ist nämlich die eventuelle Einführung einer "flexiblen Woche". Nach diesem Schema wäre die Woche dann nicht mehr von Montag auf Sonntag festgesetzt, sondern wesentlich flexibler was die Einteilung der Lenk- und Ruhezeiten angeht. Dieses System würde für die Fahrer bedeuten, dass die maximal zulässige Lenkzeit von jetzt 56 Stunden pro Woche, auf theoretische 76 Stunden pro Woche (!) erhöht würde. Eine logische Konsequenz der "flexiblen Woche" wäre wohl auch die mittelfristige Aufhebung des generellen Wochenendfahrverbots für Lastkraftwagen. Ein regelmäßiges und wohlverdientes Wochenende der Fahrer würde somit verhindert, während Lärm, Stau und Stress auch am Wochenende zum normalen "Alltag" gehören würden.

Auch in Puncto Verkehrssicherheit zeigt die derzeitige Situation einen überaus deutlichen Handlungsbedarf. So ist Übermüdung z. B. die Ursache von 20 Prozent aller LKW-Unfälle. Und LKWs sind auch europaweit in 18 Prozent der tödlichen Unfälle verwickelt. Eine zukünftige einheitliche Verordnung, die das bestehende Regelwerk verbessert und vereinfacht, schafft deshalb nicht nur erträglichere Arbeitsbedingungen für die Fahrer, sondern fördert ebenfalls eine deutliche Verringerung der Verkehrsunfälle auf unseren Straßen. Die nahezu 400 Toten und Schwerverletzten, sowie die über 20.000 Unfälle im Jahr 2001, verdeutlichen, dass eine Verbesserung der Verkehrssicherheit auch hier in Luxemburg dringend notwendig ist.

Zurzeit machen jedoch Patronatsverbände des Personen- und Gütertransportsektors Druck, um durch die Ein-

führung der "flexiblen Woche" eine einheitliche und strikte Regelung zu verhindern, und auch eine Verbesserung der vorgeschriebenen Ruhezeiten der Fahrer abzuwenden. Sie werden im Europäischen Parlament hauptsächlich von konservativen Abgeordneten, sowie spanischen und britischen Sozialisten unterstützt. Deshalb ist es von sehr großer Bedeutung, dass die Transportgewerkschaften in den kommenden Wochen und Monaten ihre Interessen mit Nachdruck verteidigen.

Im Hinblick auf die Abstimmung im Europäischen Parlament ist der sechste internationale Aktionstag der Berufsfahrer, am 15. Oktober, eine dringend notwendige Initiative um ihre Anliegen einer breiten Öffentlichkeit kundzutun.

Parallel dazu ist es jedoch auch nötig, eine breitere europäische Gegenlobby zum Patronat zu organisieren. Deshalb versuchen wir, die Grünen, zurzeit in Brüssel und auch in den einzelnen Ländern, Kontakte zwischen Transportgewerkschaften und Umweltorganisationen, sowie Organisationen aus dem Bereich der "Securité Routière" aufzubauen. Eine politische Mehrheit für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Verkehrssicherheit ist nur zu erreichen, wenn auch die Umweltorganisationen tatkräftig mithelfen und alle zusammen am selben Strang ziehen.

Claude Turmes
Europaabgeordneter von DÉI GRÉNG

Das SEW/OGB♦L zeigt Alternativen auf

Die PISA Studie hatte zwar hierzulande für viel Aufregung gesorgt, hat aber bisher zu wenig konkreten Veränderungsvorschlägen für unser Bildungssystem geführt. Das SEW wollte es nicht dabei belassen und hat deshalb zusammen mit der FGIL eine Studienreise nach Finnland unternommen. Die Finnen hatten bekanntlich bei der PISA Studie am besten abgeschnitten. Dort sind sie auf manch interessante Erkenntnisse gestoßen, die es wert sind in Luxemburg in die pädagogische Diskussion einzufließen.

Ein erstes Diskussionsforum wurde am 5. Oktober, dem weltweiten Lehrertag, abgehalten. An diesem Forum beteiligten sich rund 50 interessierte Lehrer. Es wurde überlegt welches die wichtigsten Vorzüge des finnischen Schulsystems seien und wie man die luxemburgische Schule dahingehend verändern könnte.

Eine Konferenz mit Herrn Matti Meri, Professor in Erziehungswissenschaften und verantwortlich für die Ausbildung der Lehrer an der Universität in Helsinki fand dann am 11. Oktober im Audimax des ISERP wiederum vor einem höchstinteressierten Publikum statt. Dieser Konferenz war eine Zusammenkunft mit dem Leiter und einigen Professoren des

ISERP vorausgegangen, die sich auch sehr interessiert an der finnischen Lehrerausbildung zeigten.

Dass die Diskussionen über das finnische Bildungssystem die bildungspolitische Diskussion in Luxemburg stark bereichern kann und Wege hin zu mehr Chancengleichheit und zu einer höheren Lerneffizienz aufweisen kann, davon sind die Verantwortlichen des SEW/OGB♦L überzeugt und deshalb wollen sie diese Diskussion auch noch demnächst vorantreiben.



I Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue
25.10.2002	Alkohol am Arbeitsplatz		A / L
06 – 07.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	I	A / L
14 – 15.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	II	A / L
18 – 19.11.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	A / L
02 – 03.12.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	A / L

II Syndicalisme et représentation des travailleurs

29.10.2002	Gender Training für Personaldelegierte	II	A
30.10.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	II	F
06 – 07.11.2002	La préparation aux élections sociales		F
28 – 29.11.2002	La préparation aux élections sociales		F
05 – 06.12.2002	La communication syndicale au sein de l'entreprise		F

III Economie

19 – 20.12.2002	La mondialisation de l'économie		F
-----------------	---------------------------------	--	---

IV Développement de la personnalité

29 – 30.10.2002	Développement de la personnalité	III	F
10 – 11.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	I	A / L
24 – 25.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	II	A / L

V Droit du travail

09 – 10.12.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		A / L
-----------------	---	--	-------

VI Droit social

28 – 29.10.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		A / L
-----------------	---	--	-------

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).

Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).



Formulaire d'inscription

Je soussigné(e) désire m'inscrire au séminaire suivant :

Intitulé du séminaire	Date

Nom Mme M.

Prénom

Date de naissance Lieu de Naissance

Nationalité

N° Matricule de la sécurité sociale

Profession

Fonction syndicale

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone / GSM e-mail

Nom de l'employeur

Adresse N° Rue

Code postal Localité

Téléphone e-mail Fax

Je demande au secrétariat de l'IFES :

- de solliciter une dispense de service auprès de mon employeur
- de me réserver une chambre de logement
- de m'inscrire au déjeuner



Prrière de cocher la case correspondante

Veuillez renvoyer le formulaire au secrétariat de l'IFES/OGB-L :

12 rue du château, L-5516 Remich Tél: 26 66 13-1 / Fax : 23 69 93 52 / e-mail : ifes@ifes.lu

Date Signature

Restructuration bei Courthéoux S.A./Strassen

Am Donnerstag, den 3. Oktober 2002 wurde der zuständige Sekretär des OGB•L von der Betriebsleitung in Kenntnis gesetzt, dass ab Juli 2003 Restrukturierungsmaßnahmen im Lager in Strassen in Kraft treten sollen. Eine Sitzung mit den Gewerkschaften OGB•L und LCGB wurde daraufhin für Mittwoch, den 9. Oktober vereinbart.

Mit Befremden und Erstaunen mussten wir am 5. Oktober feststellen, dass der LCGB sich wieder einmal das Instrument der Panikmache zu Nutze machte und mit billiger Demagogie und Populismus die Leute verunsichert, statt ihre Interessen zu vertreten.

In mehreren Gesprächen mit der Generaldirektion von Courthéoux wurde uns versichert, dass es keineswegs darum geht Leute zu entlassen, sondern mit den Sozialpartnern eine einvernehmliche Lösung zu finden. Diese Verhandlungen werden zwischen Direktion und Gewerkschaften am 9. Oktober 2002 geführt und nicht über irreführende Pressemitteilungen. Der OGB•L wird sich wie gewohnt für die Interessen der Betroffenen einsetzen.

Syndikat Handel

Hypermarché CORA Foetz L'OGB•L négocie la première convention collective

En date du 11 octobre 2002, l'OGB•L, en tant que porte-parole et le LCGB ont signé la première convention collective de travail pour le personnel ouvrier et employé de l'hypermarché CORA.

Grâce à l'engagement des délégués et du personnel, les négociations difficiles ont abouti à un accord englobant les dispositions extralégales suivantes :

- ♦ introduction d'une grille salariale comprenant 4 catégories et s'étalant sur 10 échelons ;
- ♦ prime unique de transfert pour les salariés repris de la société Match S.A. de
 - 12 % du salaire de base brut du mois de novembre 2002, payable le 31 janvier 2003,
 - 24 % du salaire de base brut du mois de novembre 2003, payable le 31 janvier 2004,
 - 12 % du salaire de base brut du mois de novembre 2004, payable le 31 janvier 2005 ;
- ♦ prime annuelle compensatoire pour les salariés repris de la société Match S.A. de
 - 12 % du salaire de base brut du mois de novembre 2004, payable le 31 janvier 2005 ;
- ♦ prime annuelle compensatoire pour toutes et tous les autres salariés de
 - 6 % du salaire de base brut du mois de novembre 2002, payable le 31 janvier 2003,
 - 12 % du salaire de base brut du mois de novembre 2003, payable le 31 janvier 2004,
 - 12 % du salaire de base brut du mois de novembre 2004, payable le 31 janvier 2005 ;
- ♦ gratification annuelle égale au salaire brut de novembre ;
- ♦ allocation mensuelle pour charges familiales en faveur des monoparentaux à faible revenu ;
- ♦ remise de 5 % sur tous les achats sauf tabacs et carburants ;
- ♦ prime de fidélité pour 25 ans de service égale à la moitié du dernier salaire mensuel brut touché avant l'anniversaire, minimum 620 € ;

- ♦ supplément de 30% pour travail de nuit ;
- ♦ supplément de 20% pour travail tardif entre 19.00 et 22.00 heures ;
- ♦ supplément de 100% pour travail de dimanche ;
- ♦ 26 jours de congé annuel ;
- ♦ 2, 4 et 6 jours de congé supplémentaires pour les salariés ayant une ancienneté de service de 10 ans, 15 ans respectivement de 20 ans ;
- ♦ 8 heures de congé spécial pour visites médicales ou démarches administratives ;
- ♦ 8 heures de congé compensatoire pour chaque tranche de 160 heures de travail de samedi ;
- ♦ 1 jour férié d'usage.

La convention entrera en vigueur à partir du 1er juillet 2002 et aura une durée de 30 mois.

Syndicat Commerce

Journée nationale



ACAL-Vorsitzender Mett Waldbillig anlässlich seiner Begrüßungsansprache



Im Namen der im Januar 2002 in Luxemburg gestrandeten Kralowetz-Fahrer überreichte der OGB•L-ACAL einen Scheck an das Rote Kreuz Luxemburg, dies als Dank für die spontane humanitäre Hilfe, die die Fahrer während Tagen seitens dieser Organisation erhalten haben.

V.l.n.r.: Hubert Hollerich, Zentralsekretär des OGB•L-ACAL; Romain Dieschburg, Direktor des Crédit Européen; Mett Waldbillig, Präsident der ACAL; Fränz Dahm, Kassierer der ACAL; Marc Crochet, Präsident der Jugendorganisation des Roten Kreuz Luxemburg; John Castegnaro, Präsident des OGB•L und Henri Grethen, Transportminister.



Zahlreiche Militanten und Ehrengäste wohnten der Eröffnungszeremonie im Bartringer „Centre Atert“ bei.



Georges Moustaki beherrscht nicht nur eine Vielzahl von Musikinstrumenten, sondern spricht, schreibt und singt in mehreren Sprachen.

du chauffeur



Volles Haus, tolle Stimmung und „Standing Ovation“ für Georges Moustaki, der nicht daran vorbeikam, drei Zugaben zu geben.



Für die Kleinen stand unter anderem Gesichtsmalen und Eselreiten auf dem Programm des Sonntag Nachmittags.



Ausverkauft war das Konzert von Georges Moustaki.



Die Mitarbeiterinnen des ACAL-Sekretariats Martine Reuter (links) und Sandra Funck (rechts) standen den Interessenten während zwei Tagen am Stand des OGB•L-ACAL Rede und Antwort.



Plenarversammlung der Arbeiterkammer

Tante Emma und das Moratorium

Anlässlich ihrer letzten Plenarversammlung beschäftigte die Arbeiterkammer sich unter anderem mit einem Gesetzentwurf zum Niederlassungsrecht für große Geschäftszentren.

1997, als "Auchan" sich auf Kirchberg niederließ und "Leclerc" in Sassenheim anklopfte, wurde ein Moratorium erlassen, um das unkontrollierte Ausbreiten großer Geschäftszentren (mehr als 10.000 m²) zu verhindern und um somit den luxemburgischen Kleinhandel besser vor der gewichtigen Konkurrenz schützen zu können.

Dieses Moratorium läuft jetzt aus und der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, dass es um 3 Jahre verlängert werden soll.

Damals wie heute steht die Arbeiterkammer dem Moratorium sehr kritisch gegenüber und sieht in ihm ein protektionistisches Gesetz, das kaum den beabsichtigten Schutz für den traditionellen Kleinhandel erreicht, sondern eher die bestehenden großen Geschäftszentren vor neuer Konkurrenz schützt.

Zu einer solchen Einschätzung, so die Arbeiterkammer, kam 1998 auch die "Deloitte and Touche Consulting Group"-Studie, die vom luxemburgischen Mittelstands- und Tourismusministerium in Auftrag gegeben wurde und die unter anderem noch darauf hinweist, dass ähnliche Moratorien auch im Ausland nicht die gewünschten Resultate brachten.

Die Niederlassungssperre führte im Ausland außerdem dazu, dass die großen Geschäftszentren sich nicht wirklich modernisieren konnten, so die Arbeiterkammer.

Statistik nach 5 Jahren Moratorium

In Luxemburg zeigt die Statistik, dass auch nach 5 Jahren Moratorium die kleinen Lebensmittelläden nicht zu- sondern eher abnehmen und dass die Entwicklung zugunsten der größeren Geschäftszentren geht, die wohl unter den maximal erlaubten 10.000m² liegen, dennoch aber eine beachtliche Größe haben, so die Arbeiterkammer.

In ihrem Gutachten zur jetzt geplanten Verlängerung des Moratoriums bemerkt die Arbeiterkammer deshalb schlussfolgernd, dass eine Verlängerung eigentlich nutzlos ist und, dass nach anderen Lösungen Ausschau gehalten werden muss, wenn man in Luxemburg eine vielseitige, ansprechende und zukunftsorientierte Geschäftsstruktur behalten und weiterentwickeln will; eine Struktur in der dann auch der traditionelle Kleinhandel seinen wichtigen Platz hat, im Interesse der Arbeitnehmer und der nachhaltigen Belebung der Stadtzentren.

In diesem Sinne ist die Arbeiterkammer für den goldenen Mittelweg, auf dem kleine Geschäfte neben größeren Zentren in gesunder Konkurrenz bestehen können, im Interesse des Kunden.

Bilanzen sind in Ordnung

Anlässlich der Plenarversammlung wurden auch die Bilanzen des letzten Jahres der Arbeiterkammer, des IFES und des Formationszentrum Remich gutgeheißen.

AK INFORMIERT 3/2002 ELTERNURLAUB UND URLAUB AUS FAMILIÄREN GRÜNDEN

In ihrem Bemühen, die Arbeitnehmer und ihre Vertreter noch besser zu informieren, hat die Arbeiterkammer sich in seiner letzten Herausgabe dazu entschlossen, unter dem Namen "AK informiert" das Gesetz vom 12. Februar 1999 über den Elternurlaub und den Urlaub aus familiären Gründen in einer vereinfachten Form vorzustellen.

Ziel dieser Veröffentlichung ist es, die Lesbarkeit des Gesetzes zu fördern und den Personaldelegationen und Gewerkschaften ein Instrument zu verleihen, das sie in der Ausführung Ihrer Funktionen nutzen können

Die Veröffentlichung enthält sowohl den deutschen als auch den französischen Text.

Sie ist erhältlich bei der Arbeiterkammer,
23, rue des Bruyères, L-1274 Howald
Telefonnummer 48 86 16-1, e-mail: ak-l@ak-l.lu.



Nouvelle publication de la
Chambre de travail

Tarifpolitische Kooperation der Gewerkschaften Belgiens, Deutschlands, der Niederlande und Luxemburgs

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Tarifpolitik: offensive Lohnpolitik und berufliche Weiterbildung als Hauptthemen

Seit fünf Jahren treffen sich die Gewerkschaften aus Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und Belgien regelmäßig zur Abstimmung ihrer tarifpolitischen Ziele in Sachen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Weiter geht es bei dieser Konzertierung um die Vermeidung tariflicher Unterbietungskonkurrenz, sowie dem Einsetzen von Maßnahmen, welche die Kaufkraft und die Beschäftigung fördern.

Am 11. Oktober 2002 trafen sich in diesem Zusammenhang in Aardenburg (NL), Gewerkschaftsvertreter aus den obengenannten Ländern erstmals mit Kollegen aus Frankreich, um Bilanz über die Entwicklung der Löhne im vergangenen Jahr zu ziehen und sich mit den Aussichten für die anstehenden Lohnrunden vor dem erschwerten wirtschaftlichen Hintergrund, zu beschäftigen. Der OGB•L war hier durch seinen Generalsekretär Jean-Claude Reding, sowie die Tarifsekretäre Danièle Nieves und Nico Clement vertreten.

Die Gewerkschaftsvertreter stellten fest, dass im vergangenen Jahr durchwegs gute und verantwortungsvolle Tarifabschlüsse getätigt wurden. Sie sind dennoch über die wirtschaftliche Verlangsamung beunruhigt und kritisieren insbesondere, dass es keine koordinierte europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gibt, um diese Situation zu entschärfen. Gerade in schwierigen Zeiten gilt es die Kaufkraft aller aktiven und pensionierten Arbeitnehmer zu erhalten, um eine Rezession zu vermeiden. Demnach setzen sich die Gewerkschaftsvertreter weiterhin gemeinsam für eine dynamische Lohnpolitik ein.

Einvernehmlich kritisiert wurde die Einmischung der Europäischen Zentral-

bank in die Lohnpolitik der Gewerkschaften am Beispiel der IG Metall in Deutschland, die sich vom Vorsitzenden der EZB den Vorwurf der unverantwortlichen Tarifpolitik gefallen lassen musste. Dabei geht es allen teilnehmenden Gewerkschaften grundsätzlich nur darum, im Rahmen ihrer kontinuierlichen, offensiven Lohnpolitik, Tarifabkommen abzuschließen, welche die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Betriebe ausschöpfen.

Neben den Lohnforderungen war das Thema Arbeitszeit Mittelpunkt der Diskussionen. Hier wurde festgestellt, dass die Arbeitszeitorganisation und -verkürzung in den vier teilnehmenden Ländern zur Zeit ein Thema ist. Insgesamt wurde bedauert, dass die Arbeitsdauer trotz anderslautenden AZ-Bestimmungen, spürbar heraufgeht und die bezahlten und unbezahlten Überstunden ständig zunehmen. Insbesondere der Versuch "Zeitkonten" einzuführen, stößt bei den Gewerkschaftsvertretern der verschiedenen Ländern auf verhaltene Begeisterung, da diese Maßnahme in der Praxis von Arbeitgeberseite oft dazu missbraucht wird, noch mehr Flexibilität auf Kosten der Arbeitnehmer einzuführen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung war ein Austausch über die berufliche Weiterbildung im Rahmen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik, die auch Gegenstand der Tarifverhandlungen oder bilateraler Abkommen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen werden soll. In den kommenden Monaten wird zwecks Abstimmung ein grenzüberschreitender Meinungsaustausch über die verschiedenen Modelle stattfinden.

In Luxemburg wird dieses wichtige Thema z.Z. zwischen der Arbeitgeberorganisation UEL und den Gewerkschaften diskutiert.



International

Les syndicats européens et l'Irak

Déclaration du Comité exécutif de la CES (Confédération Européenne des Syndicats Libres), Bruxelles, 9-10 octobre 2002

Porte-voix des travailleurs européens, qui redoutent l'éclatement d'une guerre en Irak, la CES se déclare une nouvelle fois persuadée que tous les moyens politiques et diplomatiques doivent être mis en œuvre pour éviter un conflit armé dévastateur et pour amener l'Irak à se conformer pleinement aux résolutions des Nations unies, auxquelles ses dirigeants refusent depuis si longtemps d'obéir.

La décision unilatérale des États-Unis, ou la décision bilatérale, en conjonction avec le Royaume-Uni, d'entrer en guerre et de mener des frappes préventives serait une violation du droit international. Seules les Nations unies sont habilitées à déterminer le mode d'application de leurs résolutions.

L'Irak doit autoriser une visite d'inspection sans entraves des Nations unies et accepter de renoncer aux armes de destruction massive, qui constituent une menace pour la région et pour le monde tout entier.

Dans le même ordre d'idées, la CES est inquiète et même indignée face à l'escalade de la violence en Israël et en Palestine qui est à l'origine de pertes humaines inacceptables

parmi les populations civiles. Les Nations unies ont également la responsabilité dans cette région de faire appliquer leurs résolutions et de réactiver de toute urgence un processus politique crédible qui conduise à une solution pacifique durable.

L'occupation par Israël des territoires palestiniens doit prendre fin et un État palestinien indépendant doit être créé aux côtés d'un État israélien reconnu par le monde arabe et délivré du terrorisme.

Aussi bien à propos de l'Irak que du conflit israélo-palestinien, l'Union européenne doit s'exprimer d'une seule voix en faveur de solutions pacifiques, appuyer le rôle des Nations unies, intensifier sa contribution à l'aide humanitaire aux populations démunies, soutenir les réformes démocratiques et se tenir prête à participer à la reconstruction économique et au développement social d'une région qui revêt une importance fondamentale pour l'Europe.

Avenir de l'Europe

La politique de l'égalité entre hommes et femmes est un élément fondamental du modèle social européen

Récemment les responsables du secrétariat européen commun de la CGT (OGB•L, FNCTTFEL, FLTL) et du LCGB, à savoir Mme Viviane Goergen, secrétaire générale adjointe du LCGB et M. Jean-Claude Reding, secrétaire général de l'OGB•L/CGT ont rencontré le Conseil national des femmes du Luxembourg, représenté par Mme Christine Doerner, présidente et Mme Anik Raskin, juriste en charge du secrétariat, pour un échange de vue sur les discussions en cours sur la réforme des traités de l'Union européenne.

Les deux délégations ont procédé à un échange d'informations sur leurs positions et propositions à ce sujet. Elles ont également discuté les points de vue de leurs organisations européennes, à savoir la Confédération européenne des syndicats et le Lobby européen des femmes. Les deux délégations ont pu constater une large identité de vue sur la question de l'importance à accorder à l'égalité entre hommes et femmes, qui est un élément fondamental du modèle social européen. Ce principe doit être renforcé dans le futur texte de base de l'Union européenne et doit faire l'objet d'une politique communautaire au même titre que les autres politiques. Les deux délégations ont également insisté sur l'importance de la parité dans le processus démocratique, la définition de l'égalité entre hommes et femmes comme une obligation politique qui doit se concrétiser par des mesures positives contraignantes pour les États membres.

Cet échange de vue fait partie des rencontres que les organisations syndicales entendent mener avec les organisations représentatives de la société civile en vue de l'élaboration de leur prise de position détaillée sur l'avenir de l'Europe. Des informations supplémentaires sont disponibles sur le site Internet du secrétariat européen commun (www.secec.net).

La CES se prononce pour un renforcement de l'Union Européenne

Le comité exécutif de la Confédération Européenne des Syndicats (CES) s'est réuni les 9 et 10 octobre 2002 à Bruxelles.

Les membres du comité exécutif ont exprimé leur inquiétude par rapport à la situation économique actuelle en Europe. Ils appellent la Commission européenne à mener une politique économique active en faveur de l'emploi en Europe. Il importe de garantir le pouvoir d'achat des salariés et des retraités et le niveau des prestations sociales. Ceci est essentiel pour éviter le risque d'une récession économique.

Le comité exécutif a adopté une contribution à la Convention européenne. Dans cette résolution il met l'accent entre autre sur l'inscription de droits syndicaux internationaux dans le traité, le développement de la dimension sociale de l'Union européenne, la gouvernance économique européenne, le caractère contraignant de la charte des droits fondamentaux, l'égalité entre hommes et femmes et le rôle de l'Union européenne dans le monde.

Au niveau national, le Secrétariat européen commun de la CGT-L et du LCGB a lancé une campagne qui a pour but d'élaborer une contribution des deux syndicats luxembourgeois au débat sur l'avenir de l'Europe. Des entretiens ont déjà eu lieu et sont prévus dans les mois prochains avec les différents représentants de la société civile. Un forum de discussion sera lancé début novembre sur le site du Secrétariat européen (www.secec.net).

Le comité exécutif a en outre retenu une déclaration quant au référendum irlandais sur le traité de Nice qui aura lieu le

19 octobre 2002. Le comité exécutif appelle les Irlandais à voter pour le traité de Nice, unique instrument permettant de réaliser l'élargissement de l'Union européenne. La CES veut une globalisation qui tienne compte des intérêts de tous les citoyens et l'élargissement de l'UE est une étape importante dans ce but.

Le comité exécutif a par ailleurs fait le point sur l'état du dialogue social au niveau européen et a discuté d'une résolution sur l'accès de tou(te)s à des soins de santé de qualité. Il a également discuté d'une résolution sur la politique d'immigration et d'asile qui sera adoptée lors de la prochaine réunion en novembre.

La CES a débattu de la situation du conflit en Irak et a adopté une résolution à ce propos. Elle est convaincue que tous les moyens politiques et démocratiques doivent être utilisés pour éviter la guerre et convaincre l'Irak d'appliquer la résolution de l'ONU. Une décision unilatérale des Etats-Unis ou une décision unilatérale des Etats-Unis et de l'Angleterre de faire la guerre serait une violation du droit international, car les Nations Unies sont la seule autorité ayant le pouvoir de décider de l'application des résolutions de l'ONU.

Les organisations syndicales luxembourgeoises CGT (OGB•L/FNCTTFEL/FLTL) et LCGB étaient représentées lors de cette réunion par Robert Weber (LCGB), Jean-Claude Reding (OGB•L/CGT), Nico Clement (OGB•L/CGT) et Tania Tennina (Secrétariat européen commun de la CGT-L et du LCGB).



LES CADRES EN EUROPE

Comment les cadres sont-ils organisés dans les divers pays européens ? Quelle est leur implication dans la négociation collective ? Comment sont-ils concernés par le processus d'individualisation ? Ce sont là quelques-unes des questions auxquelles répond un ouvrage d'Emmanuel Mermet, chercheur à l'Institut syndical européen, publié en collaboration avec Eurocadres, Conseil des Cadres Européens.

Les cadres forment un groupe reconnu et identifié, notamment au niveau des statistiques européennes. Leur importance ne peut être négligée dans le salariat européen, puisque les cadres représentent en moyenne 18,4 % des salariés dans l'Union européenne.

La durée du travail des cadres est en général plus longue. Ainsi, le différentiel d'heures travaillées est de l'ordre de 4 heures hebdomadaires avec la moyenne de tous les salariés.

Il en résulte une forte charge de travail. Les définitions légales des cadres sont souvent peu précises, sauf dans le cas italien, et dans une moindre mesure les cas danois et français, et font en général référence aux notions de diplômes-qualifications et aux pouvoirs de décision autonomes.

Cela rend nécessaire de se référer davantage aux dispositifs et définitions conventionnelles qui concernent les cadres dans la majorité des pays européens.

Dans certains pays, les cadres ne relèvent pas du champ des conventions collectives, ailleurs ils sont concernés par des conventions plus générales pour l'ensemble des salariés ou pour les "cols-blancs". Enfin ils peuvent être couverts par des conventions collectives qui leur sont spécifiques ou par des

annexes spécifiques à des conventions générales.

Les modes d'organisations sont très diversifiés : syndicat de cadres affiliés à des confédérations générales, confédérations des professionnels et cadres, unions, associations, ou secrétariat de cadres des confédérations générales.

Il faut souligner que les avancées législatives et contractuelles dans les pays sont à mettre au crédit des organisations syndicales de cadres, dont le poids s'est renforcé avec la tertiarisation de l'économie.

Les cadres au Luxembourg

Les cadres n'ayant pas de définition légale au Luxembourg, la seule référence en matière de droit de travail est l'article 5 de la loi du 12 juin 1965, portant sur les conventions collectives du travail. Cet article précise que les conditions de travail et de rémunération des employés appartenant au cadre supérieur ne révèlent pas des conventions collectives conclues pour le personnel employé. Cependant, il n'existe pas de définition claire et précise de la notion de cadres supérieurs. Il existe même une tendance à étendre cette exclusion à tous les cadres.

Quelques conventions collectives de travail donnent une définition plus détaillée des différentes fonctions de type cadre ou le champ d'application de la convention collective de travail pour cette catégorie de salariés. Ces quelques conventions collectives de travail règlent surtout la situation des cadres dans le secteur de l'industrie.

Représentation des cadres au Luxembourg

Il n'y a pas d'élection spécifique pour les cadres. Ceux-ci sont mêlés aux votes des catégories employés privés ou fonctionnaires publics.

Cependant, on évalue les cadres à 2800 membres au sein de la CGT-L (OGB•L ; FNCTTFEL ; FLTL), bénéficiant des mêmes services que tous les autres syndiqués, notamment dans le domaine du conseil juridique, des assurances ou de la représentation.



Joël Jung

**Secrétaire central
Services et Energie**

Membre du Comité Directeur -
EUROCADRES



Cadres, faites-vous représenter !

**Rejoignez
l'OGB•L**

**19, rue d'Epernay
L-1490 Luxembourg**

Gewerkschaftliche Weiterbildung

Mehr Wissen für die Vertretung der Belange des Spitalpersonals

Das Syndikat Gesundheit und Sozialwesen des OGB•L misst seit Jahren der aktiven Förderung einer gut geschulten und leistungsstarken Betriebsarbeit seiner Personaldelegierten im Spitalwesen eine besondere Bedeutung zu.

Eine resultatsorientierte Vertretung der Interessen des Spitalpersonals setzt heutzutage ein vertieftes Wissen über die Methoden und Mechanismen der Finanzierung der Krankenhäuser voraus.

So war es nicht überraschend, dass die vom Syndikat angebotene ganztägige Fortbildung über die "Budgetierung des luxemburgischen Spitalwesens" ein sehr hohes Interesse bei den OGB•L Personaldelegierten auslöste.

Über 70 gewählte Vertreter des Spitalpersonals verfolgten die sehr gut vorgetragenen Ausführungen und Erklärungen von Jean-Paul Juchem, dem eingeladenen Experten der Krankenkassenunion. Die einzelnen Referate wurden jeweils durch Diskussionsblöcke unterbrochen.

Der Kenntnisstand der Personalvertreter über die inhaltliche Zusammenstellung eines Spitalbudgets, die Zusammenhänge zwischen Aktivitätsentwicklung eines Krankenhauses und der jeweiligen Personalausstattung, die Methoden der Personalfinanzierung, das Verhältnis von kollektivvertraglicher Autonomie und dem gesetzlichen Rahmen der Krankenhausfinanzierung, die Rolle und die Missionen der jeweiligen Verhandlungsparteien und, zuletzt, über mögliche zukünftige Perspektiven der Krankenhausfinanzierung ist gewachsen und wird sich in der betrieblichen Praxis der OGB•L-Delegierten niederschlagen.

Die anschließend sehr positiven Urteile der Personalvertreter über den Inhalt und den Verlauf der Veranstaltung sind jedenfalls der beste Beweis für die Richtigkeit des vom Syndikat eingeschlagenen Wegs der gewerkschaftlichen Weiterbildung.





Du 2 au 5 octobre 2002, les délégués à la sécurité et les travailleurs désignés se sont donné rendez-vous au colloque international «Bien-être au travail» qui a connu un succès considérable.

Ce projet, organisé conjointement par les organisations syndicales OGB♦L et LCGB en collaboration avec la Fondation Européenne pour l'amélioration des Conditions de Vie et de Travail, la Commission Européenne, la FGTB, l'Association d'Assurance contre les Accidents (AAA), la Division de la Santé au Travail ainsi que l'Inspection du Travail et des Mines (ITM), a eu le soutien financier de «l'Association pour le bien-être de la sécurité sur le lieu de travail», créée en 1992 à l'occasion de l'année européenne «santé et sécurité au travail».

La Fondation Européenne pour l'amélioration des conditions de vie et de travail entreprend une enquête européenne sur les conditions de travail tous les 5 ans. Les buts de ces enquêtes sont de donner une vue d'ensemble des conditions de travail dans l'UE, de cerner les problèmes et les mutations qui affectent le lieu de travail et de contribuer à un meilleur suivi de la qualité du travail et de l'emploi en Europe.

Jean-Michel Miller de la Fondation de Dublin a présenté la 3^{ème} enquête européenne sur les conditions de travail en Europe qui portait sur tous les aspects de la vie au travail comme les facteurs physiques, organisationnels, psychologiques et sociaux du travail, les horaires, les problèmes de santé au travail.

Les Dr Steffes et Kremer de la Division Santé au Travail ont décrit les 8 premières années de la médecine au travail au Luxembourg ainsi que les améliorations apportées à travers

la loi du 14 décembre 2001 modifiant la loi du 17 juin 1994 de la médecine au travail.

Le combat syndical pour le bien-être au travail dans l'Union Européenne avec les cas particuliers de la Belgique et de l'Italie a été la thématique de Claudio Sonda (FGTB) et de Beppe Baffert (CISL).

L'intégration d'une culture du bien-être des travailleurs a été le sujet de Paul Weber de l'ITM qui a souligné que ce changement demande un passage vers une nouvelle génération.

Le fonctionnement et les nouvelles prescriptions de l'assurance accident ont été traités par Jean-Paul Demuth de l'AAA.

Angel Fuente de la Commission Européenne a tenu un exposé sur la nouvelle stratégie communautaire de santé et





sécurité au travail 2002 - 2006 et l'adaptation aux changements du travail et de la société.

Il en résulte que l'exposition aux risques physiques sur le lieu de travail, l'intensification du travail et les pratiques en matière de flexibilité de l'emploi demeurent une cause principale de problèmes de santé pour les travailleurs dans l'Union européenne.

Vu qu'aucune amélioration significative des facteurs de risque ou des conditions générales sur le lieu de travail pendant une période de 10 ans n'a été démontrée, beaucoup de progrès restent à faire comme décrit dans les principaux résultats de l'enquête :

Diminuer les problèmes de santé liés au travail les plus répandus - douleurs dorsales (33%), stress (28%), douleurs musculaires, cou et épaules (23%), fatigue générale (23%).

Améliorer les problèmes de santé et les mauvaises conditions de travail, notamment en ce qui concerne les cadences de travail accrues et le travail répétitif.

Améliorer l'exposition à des environnements physiques contraignants (bruit, vibrations, produits dangereux, chaleur, froid etc.) et à une mauvaise conception des



postes de travail (port de charges lourdes et positions de travail pénibles)

Le travail s'est intensifié : plus de la moitié des travailleurs doivent suivre des cadences élevées ou respecter des délais rigoureux pendant au moins un quart de leur temps de travail.

L'autonomie dans le travail n'a pas augmenté de manière significative : un tiers des travailleurs déclarent avoir peu ou pas de contrôle sur leur travail tandis que seuls 3 travailleurs sur 5 peuvent fixer la date de leurs congés.

La nature du travail évolue : il ne dépend pas autant des cadences et des normes de production ; il est de plus en plus déterminé par le client.

Le nombre de personnes travaillant sur ordinateur a augmenté : de 39% en 1995, il est passé à 41% en l'an 2000.

La flexibilité s'applique à tous les domaines : temps de travail (travail 24 heures sur 24 et travail à temps partiel) ; organisation du temps de travail (polyvalence, travail en équipe et prise de responsabilité) ; statut de l'emploi (18% des employés signalent des contrats à durée déterminée).

Les travailleurs temporaires (salariés avec des contrats à durée déterminée et intérimaires) font toujours état de facteurs de risque plus élevés que les travailleurs permanents.

La ségrégation et la discrimination sexuelles, essentiellement à l'encontre des femmes, demeurent importantes.

La violence, le harcèlement et l'intimidation sont toujours présents sur le lieu de travail : 4 à 15% de travailleurs dans différents pays signalent avoir été victimes d'intimidation.

Renata Santini
Responsable de formation IFES OGB♦L

Antoine Giardin
OGB♦L

Direct / Direkt

Une nouvelle publication de l'OGB ♦ L



Un complément d'information

Afin de sensibiliser les personnes qui ne sont pas encore membres de l'OGB ♦ L au travail syndical et afin de les inciter à rejoindre nos rangs, nous avons décidé de lancer à partir du mois d'octobre 2002 un nouveau bulletin de liaison mensuel distribué gratuitement dans les entreprises.

Dans cette nouvelle publication en allemand, français et portugais les lecteurs trouveront différentes rubriques d'information et d'actualité, des commentaires sur la politique nationale et tarifaire de notre syndicat.

Procurez-vous votre exemplaire auprès de votre délégué du personnel!

Fonds d'Education de l'OGB♦L

Subvention pour études universitaires

Le Comité National de l'OGB♦L met à disposition un crédit de plus de 50.000€ pour les bourses de l'année scolaire 2002/2003 destinées aux enfants des membres de l'OGB♦L qui font des études universitaires. Cette somme sera distribuée d'une façon égale à tous les candidats qui remplissent les conditions du règlement et qui sont retenus par la commission de l'OGB♦L.

**Dernier délai pour
le renvoi de la demande:
15 décembre 2002**

Règlement:

- 1) Le Fonds d'Education de l'OGB♦L a pour but de subventionner - par l'octroi d'une bourse annuelle - les études universitaires des enfants des membres de l'OGB♦L.
- 2) Une bourse peut être accordée pour toutes les études poursuivies dans les écoles d'Etat ou reconnues comme telles à caractère universitaire. Les cours par correspondance ou les cours du soir ne seront pas pris en considération.
- 3) Les enfants des membres de l'OGB♦L peuvent obtenir une bourse si le membre a adhéré au syndicat avant ses 25 ans ou s'il y est affilié depuis au moins 20 ans. En outre le membre doit avoir payé dans les 5 ans qui précèdent la

- demande la cotisation prévue par les statuts de l'OGB♦L. En cas de décès du membre, il sera tenu compte des années écoulées depuis sa mort, sous condition que sa veuve ait continué l'affiliation.
- 4) Pour le Fonds d'Education sont considérés comme enfants:
 - a) les enfants légitimes
 - b) les enfants reconnus à l'état civil
 - c) les enfants placés dès leur jeune âge, sous la tutelle d'un membre de l'OGB♦L
 - d) les enfants d'un premier mariage du conjoint d'un membre de l'OGB♦L, pour autant qu'ils vivent sous son toit et qu'ils soient en grande partie à sa charge.
 - 5) Si un membre a été repris d'un autre syndicat, il sera tenu compte des années pendant lesquelles il en a été membre. Toutefois, ce membre devra faire partie de l'OGB♦L même pendant cinq ans au minimum.
 - 6) L'étudiant/e qui passe lui/elle-même la demande doit être membre de l'OGB♦L depuis au moins 5 ans.
 - 7) Les bourses seront attribuées par une commission nommée par le comité exécutif. En cas de refus par la commission, le comité exécutif décidera en dernière instance. Le comité national de l'OGB♦L fixera annuellement le montant de la bourse accordée.
 - 8) Il ne sera accordé aucune bourse pour les années scolaires doublées.
 - 9) Les demandes pour l'octroi d'une bourse devront être présentées pour le **15 décembre** au plus tard de l'année scolaire.
- Sont à joindre à la demande:
1. Une copie du diplôme de maturité requis;
 2. Une attestation de l'immatriculation par l'école choisie;
 3. Le cas échéant, les certificats des examens déjà passés à l'école supérieure, ainsi que des périodes de stages déjà effectuées.
 4. Une attestation de réussite de l'année scolaire.

Concerne : Demande en obtention d'une subvention pour études universitaires ou similaires allouée par l'OGB♦L

A renvoyer à : OGB♦L
c/o Mme Marie-Thérèse SANNIPOLI
B.P. 149
L-4002 ESCH/ALZETTE

Madame,

Par la présente,

le/la soussigné(e) _____

né(e) le _____ domicilié(e) à _____

code postal _____ rue et numéro _____

matricule OGB♦L _____ Date d'entrée _____

Autres affiliations: _____

sollicite auprès de l'OGB♦L un subside pour

son fils/sa fille _____

qui fréquente l' _____

pour y accomplir des études de _____

où il/elle est inscrite(e) depuis: _____

Une subvention de l'OGB♦L a déjà été versée pour l'(es) année(s)

Dans l'attente d'une réponse favorable, je vous prie d'agréer, Madame, mes salutations syndicales.

Signature

Prière de compléter en caractères d'imprimerie.

Comissão pelo Direito à Reforma dos ex-militares OS EMIGRANTES NÃO DESISTEM QUEREM A CONTAGEM DO TEMPO DE SERVIÇO MILITAR

No Domingo, dia 29 de Setembro, em Esch/Alzette, no Luxemburgo, várias centenas de portugueses (mais de 400) que encheram por completo a grande sala de Festas do Restaurante Bairrada e que fizeram o serviço militar em Portugal e nas ex-colónias exprimiram de forma veemente a sua insatisfação perante o governo português que tarda em reconhecer os seus direitos da segurança social.

São dezenas de milhar, os portugueses que emigraram após terem efectuado o serviço militar e que constata, actualmente, que os diferentes governos, de antes e depois do 25 de Abril de 74, se **esqueceram** de cumprir os seus compromissos nos termos da lei militar que diz que "o tempo de serviço militar conta para efeitos de promoção, de reforma e de aposentação".

A reunião contou com a presença do deputado Carlos Luís do PS, do Cônsul-Geral de Portugal no Luxemburgo, Dr. Miguel Faria de Carvalho, da Conselheira social da Embaixada, Dra Alcina Ventura, de representantes da Comissão dos ex-militares portugueses residentes em França, do Presidente da CCPL-Confederação da Comunidade Portuguesa do Luxemburgo e ainda com a presença de representantes da **Associação Portuguesa dos Veteranos de Guerra e da Associação Nacional dos Combatentes do Ultramar que se deslocaram expressamente de Portugal para exprimirem o total apoio e solidariedade destas associações à luta dos emigrantes.**



O Estado Português deve comportar-se como uma pessoa de bem e como patrão e empregador que foi, e que é, de todos os militares que tiveram, e que têm, que cumprir o serviço militar obrigatório, **deve declará-los à segurança social.**

Se os emigrantes não estavam inscritos ou não foram inscritos na segurança social, nem antes da incorporação, nem depois da passagem à disponibilidade foi porque antes não havia segurança social no mundo rural e depois emigraram. **Não se pode exigir dos emigrantes aquilo que eles não podiam cumprir.** Foi o Estado que os obrigou a cumprir o serviço militar. Foi o Estado que não criou nem dispunha de segurança social para a maioria desses militares, logo **é ao Estado que compete agora resolver esta injustiça e declará-los no regime geral da segurança social.**

O Governo anterior previu a contagem e a bonificação do tempo de serviço militar para os funcionários públicos através da Caixa Geral de Aposentações porque é que não se faz o mesmo para aqueles que não fazem parte da Função Pública? **Será que uns são filhos e os outros enteados?**

Todos aqueles que não estão abrangidos pelo regime da Caixa Geral de Aposentações, nem pelos sistemas privativos da segurança social (jornalistas, bancários, advogados...) deverão ser declarados no Regime Geral.

Os emigrantes perdem certos direitos de reforma nos países onde se encontram porque não obtêm da segurança social portuguesa (do Centro Nacional de Pensões) o formulário E/205 (previsto pela legislação comunitária) onde conste o tempo de serviço militar. Isto o mais importante e é isto que pretendemos em primeiro lugar.

Queremos ser ouvidos pelo Grupo de Trabalho Interministerial

Segundo informação da Secretaria de Estado das Comunidades e comunicação que nos foi feita pelo Secretário de Estado da Defesa, foi constituído um grupo de trabalho interministerial composto por

representantes do Ministério da Defesa, do Ministério das Finanças, do Ministério do Trabalho e

Segurança Social, da Secretaria de Estado das Comunidades bem como técnicos do Centro Nacional de Pensões e da Caixa Geral de Aposentações para avaliar o universo daqueles que não são abrangidos pela Lei nº 9/2002 e as implicações financeiras da sua cobertura.

Nós estamos à espera de sermos convocados e que os meios financeiros sejam disponibilizados para permitirem a nossa ida a Portugal para essa audição!

O tempo urge! São cada vez mais aqueles que poderiam beneficiar da contagem do tempo de serviço militar para poderem obter a reforma nos países onde residem ou não serem penalizados por falta de tempo necessário à sua obtenção.

Quanto mais depressa os emigrantes puderem reformar-se, mais depressa Portugal poderá beneficiar do retorno dos emigrantes e do valor das reformas que teriam dos países onde se encontram.

Aquilo que os emigrantes pedem é uma gota de água comparado com as vantagens que o país pode beneficiar em termos macro-económicos.

É tempo de se encarar este assunto e a problemática específica dos emigrantes nesta matéria de forma digna e responsável.

É preciso que Portugal se lembre que **as remessas dos emigrantes são superiores às ajudas comunitárias.**

DEPUTADO DO PS PROMETE APRESENTAR PROJETO DE LEI

O deputado do PS, Carlos Luis, disse a todos os presentes que no quadro do Orçamento Geral do Estado vai apresentar uma proposta para a resolução deste assunto e que até ao dia 15 de Novembro apresentará na Assembleia da República um projeto de Lei que contemple todos aqueles que estão excluídos das diferentes legislações sobre esta matéria da contagem do tempo de serviço militar para efeitos de reforma. Dado que recebemos comunicações dos diferentes partidos que reconhecem a injustiça em que estão colocados os emigrantes e que se manifestam solidários com a nossa luta, julgamos que todos os grupos parlamentares estarão dispostos a encontrar uma solução justa para o nosso problema.



Durante a campanha eleitoral, **o PSD prometeu a revisão da legislação de forma a que o tempo de serviço militar fosse contado em todas as circunstâncias.** O PSD é hoje o partido maioritário do governo e, portanto, deve cumprir com aquilo que prometeu aos emigrantes!

Dia 20 de Outubro Dia Nacional do Veterano

No dia 20 de Outubro vai ter lugar em Fátima, uma grande concentração de Veteranos que vão chamar a atenção do governo para os seus compromissos e para a necessidade da melhoria do estatuto daqueles que cumpriram o serviço militar.

Desde já, manifestamos a nossa solidariedade com essa jornada de luta dos ex-militares e os emigrantes estarão presentes ou representados na medida das suas possibilidades.

A Associação de Veteranos de Guerra e a Associação Nacional dos Combatentes do Ultramar prometeram todo o apoio à nossa luta.

Recebemos mensagens de apoio e de solidariedade de representantes do PS, do PSD, do PCP, dos Verdes. Esperamos que esse apoio expresso em palavras se traduza finalmente na concretização de uma lei sem exclusões, nem discriminações, e o tempo de serviço militar seja contado para efeitos de reforma como dizem as leis sobre o serviço militar desde 1935!

28 anos depois do 25 de Abril, já é tempo de sermos todos tratados como cidadãos iguais em direitos depois de termos sido iguais nos deveres!

PS.: É de lamentar que a RTP (pelo menos a RTPi) como serviço público não tenha julgado necessário estar presente numa reunião como esta em que mais de 400 portugueses emigrantes reclamam os seus direitos. **Nós também pagamos a RTP!**



Chienne de Vie



"FRONTALIERS ATTENTION... A CES GENS LA !"

Ci-après quelques extraits de déclarations des plus "éloquentes" sur les frontaliers au Luxembourg:

"Des cours de Luxembourgeois au sein de l'entreprise ? C'est l'endroit idéal pour toucher les travailleurs frontaliers. Les frontaliers posent plus de questions pour la nation luxembourgeoise que les résidents étrangers. Ils n'entretiennent pas de relation sentimentale avec le Luxembourg, car pour eux, c'est leur entreprise qui leur fournit leur travail, pas le pays. En effet, peu de frontaliers s'investissent dans la vie politique ou sociale du grand-duché. Ils ne participent donc pas aux décisions, qui les concerneront un jour ou l'autre de par leur travail. De plus, les frontaliers importent leurs traditions syndicales, qui sont parfois très différentes des nôtres. Ici, au Luxembourg, on recherche plutôt une solution de consensus. Même si, parfois, ça ne résout rien du tout... C'est la paix sociale du pays qui en dépend". (Jean-Claude JUNCKER, Premier ministre).

"Un syndicalisme confronté à une autre réalité: celui de la différence de mentalité des frontaliers. Les Belges sont syndiqués à 70%, les Français si l'on compte les adhérents au syndicat des banques, mouvement corporatiste non reconnu comme syndicat par les autorités luxembourgeoises, arrivent péniblement à un taux de 17 %, les militants atteignant un petit 5 %. C'est dire l'abnégation nécessaire pour défendre une majorité de frontaliers qui n'ont d'autre intérêt que de gagner de l'argent au Luxembourg et de se retirer égoïstement dans leur chez soi...". (Vincent Jacquet, Interview dans le frontalier magazine N° 61 septembre 2002).

"Il s'ensuit que les frontaliers ne peuvent pas être utilement affectés par une future politique de l'immigration. N'étant pas des immigrants au sens propre du terme, ils ne peuvent pas constituer une population cible d'une telle politique; Par contre, leur présence dans notre pays et surtout leur mouvement vers et de leur lieu de travail soulèvent d'autres problèmes. Ainsi, par exemple, d'après les informations du ministère de l'économie, seuls 7% des frontaliers empruntent les transports publics, ce qui est l'origine de nuisances pour l'environnement et de difficultés de circulation sur notre réseau routier. [...] D'une manière générale, la présence massive, sur le marché du travail, de personnes ayant comme unique point d'attache avec le Luxembourg leur lieu de travail n'est pas souhaitable. La commission estime qu'une réflexion approfondie sur la situation des frontaliers s'impose, notamment sur leur relation avec le Luxembourg, et les questions relatives à l'exportation de nombreuses prestations sociales luxembourgeoises. (Politique recommandée par la commission spéciale de la Chambre des députés luxembourgeoise).

Frontaliers, nous sommes responsables d'avoir une mentalité différente, d'avoir une culture syndicale différente, d'être des égoïstes, d'être responsables de la pollution et de la saturation du réseau routier luxembourgeois, et de mettre en danger le système de protection sociale luxembourgeois dans les années futures.

Mais où est donc passé le respect des mentalités et des cultures, le respect de la libre circulation des travailleurs au sein de l'Union européenne, le respect à être belge, français...

La seule chose dont nous sommes responsables, Messieurs, ensemble avec les travailleurs immigrés et nationaux, c'est de l'expansion et de la richesse économique du pays.

Je pensais que les mentalités avaient un peu évolué, mais il n'en est rien. Nous sommes toujours considérés comme des "privilegiés" par nos compatriotes et comme des "profiteurs" par certains nationaux du Luxembourg.

Je vous rappelle également qu'un contentieux frontalier existe depuis plusieurs décennies et que l'évolution de ce dernier n'a été possible que grâce à l'action des frontaliers avec l'OGB♦L. Comment affirmer dès lors, que nous sommes indifférents à ce qui se passe au Luxembourg et que nous nous soyons structurés au sein "DU" syndicat du pays d'accueil.

Les frontaliers, mis à part localement et peut-être régionalement, ne font pas grand poids dans la balance électorale en France, encore moins au Luxembourg puisqu'ils ne votent pas. Dans le cas des travailleurs frontaliers, c'est la volonté politique qui a toujours fait défaut. Il ne faut donc pas les rendre responsable de tous les maux.

Il paraît qu'il faut soixante-dix ans pour changer les mentalités, alors frontaliers français, patience, il y en a encore pour quarante ans.

Il serait grand temps de stopper cette politique électoraliste et enfin d'engager une véritable politique d'intégration, pour l'Europe sociale, pour le progrès et la justice social.

... Heureusement, qu'il nous reste à nous frontaliers, l'OGB♦L...

Philippe Manenti



John Castegnaro
Président

Turbulences en vue ?

L'OGB♦L ne parle pas d'un "automne chaud" ni n'écrit d'articles à ce sujet. D'autres s'en chargent, sans pour autant passer à l'action. Pour l'OGB♦L, le travail et l'engagement syndicaux doivent être permanents et les éventuelles actions ne peuvent - jamais - être fonction des saisons, mais bien - toujours - des circonstances. Le moment de l'action et des réactions est déterminé par les revendications syndicales en attente ou par les circonstances politiques ou économiques. L'OGB♦L n'est pas un tigre de papier, mais bien une "force tranquille" avec une capacité de mobilisation et de réaction calculable. Si besoin en est, nous agissons !

Plus de protection et plus de droits !

Une des priorités de la politique sociale depuis le congrès OGB♦L de décembre 1999 est la réforme de la législation sur les délégations du personnel et les comités mixtes d'entreprise. Malgré un dialogue soutenu et régulier avec le ministre de l'Emploi, les résultats concrets sont rares. Les prochaines élections sociales se dérouleront le 12 novembre 2003 et ne peuvent avoir pour base des lois périmées et anachroniques. D'où la campagne de mobilisation de l'OGB♦L et une première action concrète des représentants élus des travailleurs le 16 octobre 2002 devant le Parlement. Près de 350 représentants des travailleurs OGB♦L se sont mobilisés spontanément, 8 jours avant la date initialement prévue, pour exprimer leur ras-le-bol et leurs revendications. Le succès fut double: d'un côté, cette mobilisation était un succès, de l'autre - et suite à notre pression - les débats d'orientation tant attendus ont enfin eu lieu au Parlement. Leur résultat ne nous satisfait pas toutefois. Et puisque la majorité CSV-DP veut gagner du temps, nous maintenons notre mot d'ordre de mobilisation.

Le pluralisme nuit

Au moins le projet de loi sur les conventions collectives est-il en voie d'instance. Ceci est à saluer malgré l'important retard accumulé. L'OGB♦L met ici une nouvelle fois en garde : il ne faut pas que cette loi favorise l'éclatement syndical, déjà suffisamment prononcé - et donc nocif - au Luxembourg. Les responsables syndicaux doivent absolument revoir leur façon de penser. D'autant plus qu'il se confirme que le front du patronat, réunifié au sein de l'UEL (Union des Entreprises Luxembourgeoises), a trouvé son rythme de croisière. Le comportement préjudiciable est essentiellement le fait de l'organisation chrétienne, qui - depuis des mois - ne se lasse pas de dénigrer l'OGB♦L ou ses représentants. Leur manie de copier est tout aussi dommageable: après l'annonce de manifestation de l'OGB♦L, le syndicat chrétien a organisé "en vitesse" une pseudo-manifestation avec quelques secrétaires centraux devant le Parlement. Leur méthode - crises et licenciements au menu de tous les discours - est tout aussi regrettable et inacceptable. Cette pratique est peut-être efficace dans les médias, mais elle est préjudiciable pour les travailleurs.

Pas de panique !

Les chiffres de la croissance économique, maintes fois revus par la Statec, en ont énervé certains et donné à d'autres l'occasion de parler de "blocage social" ou de "régression sociale". Avec en point de mire, essentiellement, l'augmentation des pensions.

Pour l'OGB♦L, il n'y a pas de crise et, partant, pas de raison de réagir à des scénarios portant sur la meilleure façon de démanteler les acquis sociaux, de bloquer les salaires et de geler l'index. Dans le cas contraire, la répartition en faveur des travailleurs en période de haute conjoncture aurait dû être plus poussée encore. Celui qui, aujourd'hui, réagit ainsi risque de provoquer des

tensions sociales et politiques. Il convient de garder les deux pieds sur terre ! Et, donc, de faire preuve de discernement et de sang-froid, et non de se laisser aller à des réactions excessives !

Par ailleurs, depuis 25 ans très exactement, une institution a fait ses preuves, qui est parfaitement en mesure de traiter à tout moment de questions importantes: la Tripartite. En appeler à des gestionnaires de crise ne se justifie plus désormais, sauf si l'on veut supprimer un instrument efficace de dialogue et de consensus. Le "modèle luxembourgeois" s'est imposé car il a pour fondement le principe suivant: tous les participants doivent être prêts à négocier sur une base honnête et solidaire.

Mais encore une fois : il n'y a pas de raison de paniquer et de réagir à l'excès !

Action positive

Le travail du syndicat, c'est bien plus que manifester, critiquer ou revendiquer. C'est également développer des idées, prendre et accompagner des initiatives positives. Ainsi, l'OGB♦L a participé activement à la création d'un centre de formation professionnelle et de formation continue pour les travailleurs du secteur de la construction. La mise sur pied d'un centre de conseil pour les victimes du stress et du mobbing au travail est également une initiative de l'OGB♦L. Nous réaffirmons notre engagement inébranlable en faveur d'une solution pour les décharges pour déchets inertes, tout comme notre étonnement face au comportement du patronat, aux errements du dossier, à la prise en otage des travailleurs du secteur. Citons encore les actions positives pour un secteur hospitalier performant, l'augmentation du salaire minimum, la défense de la loi locative.

L'OGB♦L est en permanence sollicité. Conscients de notre force et de notre capacité de mobilisation, nous sommes en mesure d'agir et de réagir correctement.

Les journées régionales de l'OGB♦L

Régionale Dudelange/Est

Samedi 9 nov. 2002 à 16h00
à Grevenmacher au Hall Polyvalent
Orateur: René Pizzaferrì

Régionale Esch/Rumelange

Jeudi 14 nov. 2002 à 18h00
à Esch/Alzette, Maison du Peuple
Orateur: John Castegnaro

Régionale Centre

Vendredi 15 nov. 2002 à 18h30
à Bertrange, Centre Atert
Orateur: John Castegnaro

Journée syndicale du syndicat bâtiment

Samedi 9 novembre à 10h00

à la Maison du Peuple
Café Bairrada, 62, Bd J.F. Kennedy à Esch
Réserver au secrétariat au 54 05 45-293

OGB♦L/ACAL

Die A.C.A.L. - Sektion Luxemburg möchte alle OGB♦L/ACAL Mitglieder sowie ihre Familien herzlichst einladen, zu seinem

LETZEBUERGER THEATER-ÖWEND am Samstag den 30. November 2002

Vorhang : 20.15 Uhr
im Festsaal "am Porheem"
St. Joseph in Gasperich
Es spielen die "THEATER FRENN KÄLDALL"
den lustigen Dreiakter

DEN ONSCHËLLEGE PLAYBOY

Eintritt: 6.- €
Vorverkauf: 3.- €
Reservierung: Tel: 23 62 12 68
oder 49 23 09 - GSM: 091 143 626

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L
"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"
Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"
Herausgeber für den OGB♦L : John Castegnaro
60, bd. J.F. Kennedy ♦ B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette
Editeur responsable pour la Belgique :
Yvon Moinet ♦ FOY 13 B ♦ B-6600 Bastogne
INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu
Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20
Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.
Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor.
Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction.
La rédaction se réserve le droit d'abrégier les textes.
Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu
Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu
Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu
Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

Projet MOIEN ! 3

Cours de luxembourgeois – Langue générale

Période du 21 octobre 2002 au 28 février 2003

Nombre de participants par cours :
8 minimum – 15 maximum

Démarche utilisée :
Apprentissage de la langue favorisant la communication orale
(jeux de rôle, simulations, conversations dirigées) -
activités adaptées aux différents niveaux

Tarif d'inscription :
15 € par inscription
gratuit pour les demandeurs d'emploi sur présentation
d'un certificat de l'ADEM

Le projet « MOIEN ! » est cofinancé par le Fonds Social Européen
et le Ministère du Travail et de l'Emploi,
ce qui explique les tarifs d'inscription très avantageux.

Depuis septembre 2002, nous disposons d'un site Internet :
www.projet-moien.lu. Vous avez la possibilité d'y consulter
le calendrier de nos cours et de vous inscrire directement.

Projet MOIEN ! – co-financé par :
Ministère du Travail et de l'Emploi
Fonds Social Européen Objectif 3

En partenariat avec :
le Ministère de l'Education Nationale,
de la Formation Professionnelle et des Sports



"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS
entre as 9h30 e as 10h00

na **RADIO LATINA**
101.2 e 103.1 FM

Um programa da OGB♦L
para todos os trabalhadores
com o melhor da Música

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363

Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL
103.9 FM

às Quartas-feiras
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS "

António Ferreira em conversa com EDUARDO DIAS

Para informar e esclarecer os ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Se está de férias, boas férias !

Próximas emissões:
6 e 20 de Novembro
4 e 18 de Dezembro

Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)
ou escreva-nos!

Ouçã a



todas as 3as Feiras
entre as 19H00 e as 20H00
Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

EDUARDO DIAS
esclarece e responde às questões dos ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18
ou escreva para **Radio Amizade**
Programa "Os Vossos Direitos"
45, rue du Canal L-4050 ESCH/ALZETTE

Disponibile dans votre bureau régional.
Erhältlich in Ihrem Regionalbüro.

ONG
OGB♦L
SOLIDARITE SYNDICALE

Die NGO „OGB♦L Solidarité syndicale“ baut ihre Aktivitäten, unter die u.a. gewerkschaftliche Schulungsprogramme fallen, aus. Darum braucht sie zusätzliche finanzielle Unterstützung. Spenden von Sektionen und individuelle Spenden können auf das CCP **IBAN LU54 1111 0828 4810 0000** der NGO "OGB♦L Solidarité syndicale" überwiesen werden. Für Privatpersonen können diese Spenden als außergewöhnliche Ausgabe bei der Steuererklärung abgesetzt werden. (Gesetz betreffend die Einkommensteuer, Artikel 109, Abschnitt 1, Nr 3).

Changement d'adresse

Depuis le 7 octobre, le Syndicat Chimie
a déménagé.

Nouvelles coordonnées :

OGB♦L - 19, rue d'ÉPERNAY - BP 2031
L - 1020 Luxembourg

Nico CLEMENT tél. 49 60 05 - 225
Gsm 021 244 979

Jean-Claude BERNARDINI
tél. 49 60 05 - 224
Gsm 021 302 954

Irène SCHORTGEN (assistante)
tél. 49 60 05 - 214

Manuela DAILLET (secrétariat)
tél. 49 60 05 - 211

Fax 48.69.49

Soirée de l'Amitié

Samedi, le 9 novembre 2002

Début : 20h00

Sanem Hall Polyvalent

Avec l'orchestre Nicky MICHELS
et la participation du groupe de danses
africaines BLACK DJEMBE

Programme :

de 19h00 à 21h00

Penne con salsicce ou Porchetta
(uniquement sur réservation
tél. 021 27 35 81 ou 26 50 21 22)

21h00

Début de la soirée dansante

23h00

Expression et danses du Burundi (Afrique)

Tombola, stands, petits pains, châtaignes, boissons
Ambiance amicale

Entrée : 5 euros, prévente : 3 euros

Soirée Fado avec dîner

organisée par le département des Immigrés Moselle/Sûre de l'OGB♦L
en collaboration avec la section OGB♦L de Niederdonven

Samedi, le 30 novembre 2002

au Centre culturel à Ahn

avec JOAQUIM CANICO & MANUEL CORGAS et la chanteuse SARA TRAVASSOS

Au menu :

Judd mat Gaardebounen a gebootschte Gromperen (Collet de porc, fèves, pommes de terre au four)
Dessert et café

Apéritif à partir de 19h00 - Dîner à 20h00

Prix du menu pour adulte (entrée au spectacle inclus) : 27.- Euros

Enfants jusqu'à 12 ans (entrée libre) : 7.- Euros

Réservation par téléphone : 26 78 72 99 Elisa Marques (de 19h00 à 21h00)

ou 76 07 68 Monique Marques (de 19h00 à 21h00)

Veillez confirmer votre réservation par virement d'un acompte de 14.- Euros par adulte
et d'un acompte de 4.- Euros par enfant

au n° de compte 9400-6562-3 de la BCEE du Département des Immigrés – mention : Soirée FADO

Der neue Winterkatalog ist da ! Busreisen



ÖSTERREICH

*Katschberg-Hotel Hubertus
Alpenresidenz*****

9 Tage im DZ/ all inclusive

ab **584.-** Euro

*Axamer Lizum-
Magic Mountains*

*Hotel Pension Concorde****

9 Tage im DZ /all inclusive

Skipass, Material, Unterricht u.v.m.

ab **713.-** Euro

ITALIEN

Südtirol - Vals/Pustertal

*Hotel Falkensteinerhof*****

9 Tage im DZ/HP ab **490.-** Euro

SCHWEIZ

Laax-Residenz Crest 2000

8 Tage im 3-Bettzimmer/Frühstück

ab **494.-** Euro

*Davos-Clubhotel****

8 Tage im DZ/HP ab **676.-** Euro

FRANKREICH

La Plagne/Les Coches

9 Tage im 2-Zimmer Appartement

Inklusive Skipass

ab **561.-** Euro

OPENING

KATSCHBERG

*Club Funimation ****

vom 8. bis 13.12. oder vom 15.-20.12.02

**Vökl Carver V2+
Marker Bindung Speed Point M5
zum Mitnehmen**

6 Tage mit VP ab **530.-** Euro



Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

A gagner:

1^{er} prix : 1 réveil électrique

2^e prix : 1 radio

3^e prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 25 novembre 2002 à :

OGB♦L

Service Information et Presse

B.P. 149

L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

SÉDUCTEUR	▼	S'ÉCLIPSENT (S'...)	▼	CROYANCE	1	SOUTIEN	▼	BALTES
LAINE ÉCOTTAÏSE		ÉPOQUE		ÉCHASSIER		LANGUE PRÈS DE LA VOLGA		
▶		▼		▼		▼		▼
CAFÉS	▶							
ENDUIT MURAL								
▶		10			GRAND SUCCÈS	▶		9
					MÈCHE REBELLE			
TROUILLE		OIÉ OLÉ	▶		▼			HARDIE
		PISTOLET						
▶		▼	6	PAS DILETTANTES	▶			▼
				TERNE				
PROBLÈMES RÉNAUX	▶			▼	8			QUANTITÉS MINIMES
CUIRA								
▶			2		PLACE	▶	5	▼
					POSSESSIF			
ENTREPÔT DE VINS	FABRICANT DE TAPIS	▶			▼			
	BRONZÉ							
▶	▼			TÉNOR	▶			BIÈRE
				ALLURE				3
RISQUE	▶			▼	DIX FRANCS	▶		▼
PERSONNEL					CALE			
▶		APLANI	▶		▼			
FAIT PARTIE	▶	7	4			AVANT LA SPÉCIALITÉ	▶	

IV/78 © HACHEL INT

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

P	C	L	P					
C	O	R	O	N	E	L	L	E
C	A	C	A	T	O	I	S	
C	H	I	A	N	T	I	S	
E	N	A	R	A	I			
S	T	U	C	E	R	R	E	
T	R	A	M	E	C	U		
M	E	E	T	I	N	G	S	
S	C	E	A	U	O			
O	C	H	B	L	E	S		
L	A	T	O	I	L	E		
B	O	N	N	E	T	E	U	R
S	A	I	S	R	E	A		

09/2002 - Solution : TEMPORAIRE



8
ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

Découvrez les 8 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 8 differences between the two drawings

Encuentra las 8 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 8 Punkten. Welche?

Freddy Moury, Alanzy (B), 1^{er} prix
Noël Foard, Dudelage (L), 2^{ème} prix
Evelyne Bagato, Bouligny (F), 3^{ème} prix

KREUZWORTRÄTSEL

Freude	besten- gerndes Fürwort	ge- nomme Größe		Operti- zo- gezug	Telefon- bebel	Vorname v. Schau- spieler Sharif	ein Geräde	kleines Bauern- Feld	stark metall- haltiges Mineral
Beruf der Medien- branche			7			Ge- sichts- verfö- derung		6	
franzö- sisch: ein		strog			12	Normal- maß	Gebirgs- maße		
				stark wärm schien	Not- behelf			3	
warme Quelle		ein Oriente		ein Speise- fach		10	Stell- nach- spiel		griechi- scher Buch- stabe
deutsche Schaus- pielerin	Bewält- igt, Anschlag				8		klein, gelesen	eine Jahres- zeit	
	5		englisch: Ei			Bein- gelenk	locker	2	
				Blach- bla- strah- lent		zwei- er Flug- zeug- führer			
Ort bei Pre- fessing	Mass- bau- betriebs- gang	sibe- rische Mährung	franz. Wein- stadt an der Thür			9	griechi- sche Unheils- götter	italien Aorte	
Übersug auf Ton- waren					italien Autarkie		Grund- stoff- teilchen		kurz für: eine
nieder- ländisch: ein			monte- ren, an- bringen		4		1		
Stufen- stufen- lural						kleine Straße		Stuf- en- druck	

Die Buchstaben der Felder 1 bis 12 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

- 1. Preis 1 elektrischer Wecker
- 2. Preis 1 Radio
- 3. Preis 1 Rechenmaschine

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 25. November 2002 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

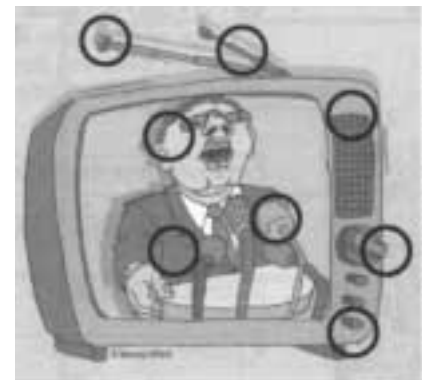
Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

SOLUTION
 AUFLÖSUNG
 ANSWER
 SOLUCIÓN



F	A	S	G	K	G								
U	R	W	A	L	D	K	A	R	T	A	U	S	E
H	I	D	R	A	P	E	R	I	E	P			
V	O	R	B	E	I	T	A	T	M	O	F		
N	E	L	K	E	N	C	M	A	K	E	L		
R	E	B	E	R	E	H	R	E	N	L	E		
E	H	E	S	S	E	G	P	A	G				
A	L	T	A	N	T	G	A	R	A	N	T		
L	L	S	E	R	G	O	E	D					
I	C	E	L	S	I	U	S	L	A				
W	A	C	H	X	T	C	S	E	E	L	E	R	
S	I	E	G	E	H	R	E	N	G	A	S	T	

09/2002 Lösung Kreuzworträtsel: APFELERNT

André Thill, Oberkorn
Norbert Thiel, Medernach
Monique Feidt, Schoos

1. Preis
 2. Preis
 3. Preis

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Moinet Yvon		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-20

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES
Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülzlingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00